



Projekt im Rahmen des Aktionsprogramms

„Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus,
Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“

Beteiligung und Demokratie

**Partizipationswünsche von jungen Menschen
in Sachsen-Anhalt**

ERGEBNISSE DER
IDEENWORKSHOPS

„Endlich werden wir gefragt!“



© **START**



Gefördert vom Arbeitsamt



Gefördert vom Bundesministerium für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend



SACHSEN
ANHALT

Gefördert vom Land Sachsen - Anhalt

Herausgeber: START
gemeinnützige Beratungsgesellschaft mbH

Dr.-John-Rittmeister-Straße 6
06406 Bernburg

tel. 0 34 71.37 40 10

fax 0 34 71.37 40 90

www.start-ggmbh.de

info@start-ggmbh.de

Text und Konzept: Christel Gröber
Klaus Appel
Maren Campe
Klaus Roth

Layout, Satz und Druck: Jugendbetrieb Medienwerkstatt
„Werbung & Design“
Stiftung Evangelische Jugendhilfe
St. Johannis Bernburg

Dr.-John-Rittmeister-Straße 6
06406 Bernburg

tel. 0 34 71.37 40 21

fax 0 34 71.37 40 27

medienstift@web.de



Auflage: 2002

Projekt im Rahmen des Aktionsprogramms

„Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus,
Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“

Beteiligung und Demokratie

**Partizipationswünsche von jungen Menschen
in Sachsen-Anhalt**

ERGEBNISSE DER
IDEENWORKSHOPS

„Endlich werden wir gefragt!“



Projekt im Rahmen des Aktionsprogramms

„Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus,
Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“

Beteiligung und Demokratie

**Partizipationswünsche von jungen Menschen
in Sachsen-Anhalt**

ERGEBNISSE DER
IDEENWORKSHOPS

„Endlich werden wir gefragt!“





INHALT

1. Anliegen und Ziel des Projektes	5
2. Theoretische Einführung zum Thema Partizipation von Kindern und Jugendlichen	6
2.1 Die rechtlichen Grundlagen für Partizipation von Kindern und Jugendlichen	8
2.2 Beteiligungsformen	12
2.3 Gründe für das verstärkte politische Interesse an der Partizipation von Kindern und Jugendlichen	16
2.4 Über die Notwendigkeit von Partizipation	18
2.5 Wo Partizipation stattfinden sollte	19
2.6 Bedingungen für eine gelungene Partizipation	21
3. Methodenbeschreibung	24
4. TeilnehmerInnen der Workshops	27
5. Zusammenfassung der Workshop- Ergebnisse	29
5.1 Ist-Stand-Analyse	30
Erfahrungen mit Partizipation in der Schule	32
Erfahrungen mit Partizipation im Jugendclub	35
Erfahrungen mit Partizipation in der Politik	37
Erfahrungen mit Partizipation in der Familie	39
Erfahrungen mit Partizipation in Vereinen, Kirchen und anderen Organisationen	40
5.2 Wünsche und Ideen zur Partizipation	41
Partizipation in der Schule	41
Partizipation im Jugendclub	44
Politische Partizipation	45
5.3 Wege der Umsetzung	48
6. Fazit	52
6.1 Handlungsempfehlungen	54
7. Literatur	58

Anliegen und Ziel des Projektes

1.

Demokratieverdruss, Gewaltbereitschaft und fehlende Toleranz sind nicht selten auf die Gefühle von Machtlosigkeit, sich klein und fremdbestimmt Fühlen und auf einen fehlenden Selbstwert zurückzuführen.

Beteiligung von jungen Menschen, wenn sie denn von den Verantwortlichen in Politik, Schule und Gesellschaft ernst genommen wird, kann einen stark präventiven Charakter für die schulische und außerschulische Bildungs- und Freizeitarbeit haben. In einer ernst gemeinten Partizipation wird nicht über die Jugendlichen geredet, sondern mit Jugendlichen. Damit werden Diskussion und Auseinandersetzung unter Jugendlichen gefördert.

Die jungen Menschen selbst sind die „ExpertInnen“ ihrer Lebens-, Freizeit-, Ausbildungs- und Arbeitssituationen und können am ehesten Auskunft geben über ihre Bedürfnisse, Wünsche, Erwartungen und Probleme. Partizipationsformen für Kinder und Jugendliche gehen aber in der Regel auf die Vorstellungen von Erwachsenen und den Entscheidungsträgern zurück. Die Frage ist dabei, ob diese Modelle der Beteiligung eine Einbindung der jungen Menschen in das gesellschaftliche Leben ermöglichen und ihren Vorstellungen von Partizipation entsprechen.

Ziel der Workshops war es, junge Menschen zu aktivieren, ihre Erfahrungen, ihre Ideen, Wünsche und Vorstellungen zum Thema Beteiligung einzubringen. Als Vorgehensweise wurde die Methode „Ideenworkshop“ angewandt, die mit den drei Arbeitsschritten „Bilanz ziehen mit einer Ist-Stand-Analyse / Wünsche und Ideen entwickeln / Wege der Umsetzung suchen“ den Rahmen für alle Veranstaltungen vorgab.

In den Landkreisen Sangerhausen, Bitterfeld und der kreisfreien Stadt Dessau wurden im November und Dezember 2001 je drei Workshops mit Jugendlichen unterschiedlicher Gruppierungen durchgeführt. Die Gedanken, Anregungen und Meinungen, die von den TeilnehmerInnen in den einzelnen Workshops entwickelt und intensiv diskutiert wurden, sind in dieser Dokumentation ausführlich beschrieben.



2.

Theoretische Einführung zum Thema Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Mit einer theoretischen Einleitung zum Thema Partizipation von Kindern und Jugendlichen soll zu Beginn dieser Dokumentation ein Einblick über die theoretisch geführte Fachdebatte gegeben werden.

Bei einer Literaturrecherche zum Thema Partizipation wird deutlich, dass es sich um eine eher praxisanalytische Auseinandersetzung handelt, und nur wenige theoretisch fundierte Veröffentlichungen zu finden sind. Ebenfalls liegen nur wenige empirische Studien, die sich mit Beteiligungsformen, Verfahren und den Ergebnissen befassen, vor. Im wesentlichen beziehen sich die Aussagen in diesem Kapitel auf die im Literaturverzeichnis aufgelisteten Veröffentlichungen.

In der jüngeren Vergangenheit hat sich die wissenschaftliche und auch rechtliche Perspektive, wie in unserer Gesellschaft die Rolle von Kindern und Jugendlichen verstanden wird, verändert. Diese Perspektive verabschiedet sich von der Vorstellung, dass Sozialisation weitgehend auf den familiären Raum beschränkt ist, und eröffnet eine weiterreichende Perspektive zu politischen und sozialen Bedingungen, die auch mit der individuellen Entwicklung zusammenhängen. Zu nennen wären hier beispielsweise zunehmende Erwerbsarbeit von Frauen, Pluralisierung von Familienformen oder innerfamiliäre Demokratisierungsprozesse (vgl. Bachkaus-Maul / Olk 2000). Infolgedessen werden Kinder in ihren jeweiligen Entwicklungsphasen als autonome Subjekte und auch als Akteure gesehen, die ihren Alltag maßgeblich mitgestalten. Die Defizitperspektive auf Kinder als noch nicht voll entwickelte Erwachsene veränderte sich und führte dazu, Kinder und Jugendliche mit ihren eigenen Kompe-



tenzen anzuerkennen, die nur aus der Perspektive von Erwachsenen als defizitär beurteilt werden können. In einer solchen Betrachtung wird Kindheit „...als ein Konstrukt verstanden, die Beziehungen und Lebenswelten von Kindern werden als eigensinnig und eigenständig aufgefaßt und die Eigenaktivität von Kindern bei der Konstruktion und Bestimmung ihres Lebens wird hervorgehoben.“ (ebd., S. 6).

Dieser Perspektivwechsel ist eine wichtige Voraussetzung und gleichzeitig ein Anlass für die Aktualität des Partizipationsthemas bei Kindern und Jugendlichen. Die in der wissenschaftlichen Perspektive geschaffene Veränderung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die alltagsbezogenen Handlungsweisen in der Praxis nicht gleichbedeutend mitentwickelt haben. Nur wer Kinder als noch nicht ausgereifte Erwachsene versteht, wird sich gegen Partizipation mit der Begründung aussprechen, dass Kinder mit Partizipationserwartungen überfordert wären. In einer solchen Argumentation wird Kindheit ein eigener gesellschaftlicher Status abgesprochen und nicht als spezifische Entwicklungsphase gewürdigt. Partizipationsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche schöpfen sich daraus, dass Kinder und Jugendliche ebenso wie Erwachsene Mitglieder des demokratischen Gemeinwesens sind und deshalb das Recht und die Pflicht haben, dieses mitzugestalten.

Auch im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes werden eigenständige und elternunabhängige Rechte der Kinder und Jugendlichen eingeräumt. Ebenso sehen es die UN-Kinderrechtskonventionen vor. Trotzdem bleibt es weiterhin in der fachpolitischen Diskussion umstritten, ob die bestehenden Rechte ausreichen und auch konsequent durchzuführen wären oder ob es zusätzlicher Rechte bedarf.

2.1

Rechtliche Grundlagen für Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes wurde 1989 in den UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) festgeschrieben, und 1992 auch in der Bundesrepublik ratifiziert. Hier werden politische, zivile, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte aus Sicht von Kindern in einer völkerrechtlich verbindlichen Konvention in einen Zusammenhang gestellt. Neben Schutz und Fürsorge ist Beteiligung ein Schwerpunkt der Konventionen. „Die in Art. 12 UN-Kinderrechtskonvention festgeschriebene Berücksichtigung des Kindeswillen in allen es selbst betreffenden Angelegenheiten, sofern das Kind entwicklungsmäßig zu einer Meinungsbildung fähig ist, bildet eine wichtige Grundlage für Partizipation.“ (ebd., S.16)

Auf nationaler Ebene findet sich die wichtigste rechtliche Grundlage für Partizipation im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) wieder. Das KJHG sichert Kindern und Jugendlichen einen Subjektstatus, was die Notwendigkeit ihrer Einbeziehung bei Jugendhilfeleistungen festlegt. Es schreibt in vielen Fällen eine inhaltliche Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen vor, die über eine persönliche Anhörung hinausgeht, nämlich einen aktiven Einfluss auf die Gestaltung der ihnen zugeordneten Hilfe zum Ziel hat. Hinzuweisen sei hier auf die Vorgabe des Hilfeplans (§36 KJHG) und das Wunsch- und Wahlrecht (§5 KJHG). In den meisten Fällen sind allerdings die Personensorgeberechtigten diejenigen, die einen Anspruch auf Leistungen erheben können und damit ein Recht auf Partizipation haben. Mit dem §8 (1) KJHG ist das Grundprinzip festgeschrieben, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entsprechend ihres Entwicklungsstandes auch dann zu gewährleisten ist, wenn diese nicht selber Leistungsberechtigt, aber von der

Entscheidung des Jugendamtes betroffen sind. Ein wichtiger Bestandteil des KJHGs bezieht sich auf die Jugendarbeit (§11 (1) KJHG), in dem der emanzipatorische und partizipatorische Charakter dieser Arbeit mit Jugendlichen herausgestrichen wird. Schließlich bestimmt §71(2) KJHG, dass sich der Jugendhilfeausschuss als beschließendes Gremium der Jugendhilfe mit den aktuellen Problemlagen junger Menschen auseinandersetzen soll. Die wesentlichste Form ist im §80 mit dem Jugendhilfeplan festgeschrieben. Obgleich das KJHG eine Beteiligungsverpflichtung enthält, ist die Umsetzung der Leitlinien in die Praxis aber vorrangig vom Ermessen der jeweiligen pädagogischen MitarbeiterInnen sowie den tätigen PolitikerInnen und Verwaltungskräften abhängig und wenig kontrolliert.

Auch innerhalb der Städteplanung gibt es gesetzlich festgeschriebene Möglichkeiten zur Partizipation. So sieht der §3 des Baugesetzbuches (BauGB) eine Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung und somit an dem grundlegenden Instrument zur baulichen Gemeindeentwicklung vor. Damit sind die Bürger frühzeitig über Planungsvorhaben und über ihre Auswirkungen zu informieren. Möglichkeiten zur Einsicht und darüber hinaus auch zur Anregung oder zu Einwänden sind über öffentliche Auslegung der Pläne zu gewährleisten. Im §1(5) BauGB sollen bei der Bauleitplanung speziell die Bedürfnisse junger Menschen Berücksichtigung finden. Diese Gesetzgebung in die Praxis übertragen bedeutet aber für die Bürger (somit auch für Kinder und Jugendliche) den Bestand eines bestimmten thematischen Sachwissens, über das vermutlich nur ein ausgesprochen geringer Teil der BürgerInnen verfügen wird. Der Zugang zu öffentli-

chen Aushängen, Amtsblättern oder Tageszeitungen wird insbesondere für junge Menschen als recht gering eingeschätzt. „Obwohl durch die Bürgerbeteiligung eine Information der Gemeinden über Wünsche und Interessen der Betroffenen, eine Einflussnahme der Bürger auf die Planung und eine hohe Akzeptanz derselben erreicht werden soll, ist eine explizite Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch den Gesetzgeber nicht beabsichtigt“ (Backhaus-Maul und Olk, S.19).

Die Schule wird nach heutigem Verständnis nicht mehr ausschließlich als Ort der Wissensvermittlung verstanden, sondern als ein Lebens- und Lernort, der den jungen Menschen als Ganzes prägt und dazu beitragen soll, junge Menschen zu Persönlichkeiten heranreifen zu lassen. In den meist großen Organisationseinheiten Schule ergeben sich weitläufige strukturelle Möglichkeiten im Bereich der Organisation, der Unterrichtsgestaltung und -planung, der Unterrichtsinhalte und des Schullebens außerhalb des Unterrichts. Abhängig von der Altersstufe ergeben sich vielfältige Anknüpfungspunkte zur Beteiligung von SchülerInnen. Die Festschreibung von Partizipation in der Schule findet sich in der Schulgesetzgebung wieder. Schulgesetze sind Ländersache, so beziehen wir uns in diesem Fall auf das Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SG LSA). Es finden sich Formen der direkten und der repräsentativen Beteiligung. Die Überzahl der indirekten Beteiligungsformen erklärt sich nicht nur aus dem Alter und der damit verbundenen eventuellen Überforderung von SchülerInnen, sondern vielmehr aus der großen Anzahl von Kindern und Jugendlichen in der gleichen (Ausbildungs-) Situation in einer festgefügtten Organisationsstruktur. Auf der Ebene

einzelner Klassen- und Jahrgangsstufen vertreten sowohl die Klassen-/ Jahrgangsvorstände im Anzen als auch gewählte SchülersprecherInnen die Interessen der SchülerInnen (§45, 46 SG LSA). Sie vertreten die SchülerInnen und diskutieren die sie betreffenden Fragen, haben ein Informations-, Auskunfts- und Rederecht und können Anträge an die Gesamtkonferenz stellen. Innerhalb der Klassenkonferenzen haben delegierte SchülerInnen nur eine beratende Stimme, sie können dort sogar durch die Konferenzordnung der obersten Schulbehörde bei bestimmten Fragestellungen ganz ausgeschlossen werden (§ 29 SG LSA). In Sachsen-Anhalt kann es ab der 1. Klasse Klassensprecher geben, ab der 5. Klasse sind sie verpflichtend. Die Gesetzgebung in die Praxis übertragen bedeutet aber, dass SchülerInnenvertreter selbst, wenn sie sich mit ElternvertreterInnen verbünden würden, sie in den Konferenzen im Verhältnis zu den Lehrkräften und der Leitung allein zahlenmäßig unterrepräsentiert sind, was eine Durchsetzung ihrer Interessen gegen die Interessen der Schule unrealistisch macht. Darüber hinaus fällt auf, dass SchülerInnenvertretungen Informations- und Erörterungsrechte haben, selten jedoch über Beschlussrechte verfügen. Die Vormachtstellung der Lehrkräfte und der Schulleitung bleibt damit unangetastet. Zusammenfassend kann nach der genauen Betrachtung von SchülerInnenrechten davon ausgegangen werden, dass Schülerinnen und SchülerInnenvertreter ihre Wünsche und Ideen nur mit der Unterstützung von Seiten der Schule realisieren können und damit engagierten erwachsenen Einzelpersonen eine Schlüsselfunktion zukommt.

Weitere Partizipationsrechte für SchülerIn-

2.1

nen bestehen durch Gemeinde- und Kreisschülerräte, die zu Fragen beratend herangezogen werden können, die für SchülerInnen ihres Gebietes von besonderer Bedeutung sind.

Nach Einschätzung Gundel Bergers sind SchülerInnen nicht nur in der Lage, aktiv an Veranstaltungen teilzunehmen, sondern werden auch mit zunehmendem Alter Interesse daran zeigen, diese selber zu gestalten und auch über das Ob und Wie mitentscheiden zu wollen (vgl. DJI- Arbeitspapier Nr6-151). Nach einer fünfjährigen Schulerfahrung sind SchülerInnen in der Lage, den Unterrichtsinhalt und dessen Auswahl nachzuvollziehen, so dass ihnen die Mitsprache und die Erörterung der Unterrichtsgestaltung zugestanden werden sollte. Neben den inhaltlichen Anregungen hat die Wahl von KlassenvertreterInnen den Effekt, Mitbestimmungsrechte einzuüben. Von den SchülerInnen kann aber nur eine tatsächliche inhaltliche Anregung zu Unterrichtsinhalten und die eigenverantwortliche Artikulation von eigenen Wünschen und Nöten geleistet werden, wenn das Einüben der Interessenwahrnehmung durch die SchülerInnen auch Raum findet. In Sachsen-Anhalt gibt allein die Möglichkeit der Klassenvertretung ab der 1. Klasse eine Voraussetzung dafür. Darüber hinaus muss das Informationsrecht zumindest über wesentliche Vorgänge an den Schulen und schulpolitische Maßnahmen auch ernst gemeint vollzogen werden und SchülervertreterInnen müssen über die jeweiligen Gegebenheiten unterrichtet werden.

Weitere rechtliche Grundlagen für eine Partizipation von Kindern und Jugendlichen können Gemeindeordnungen festlegen. Interessant im Falle Sachsen-Anhalts ist die Unterscheidung zwischen den Rechten der Einwohner, hier sind alle Personen gemeint, die in der Gemeinde wohnen, und den Rechten der Bürger, die die Gruppe der Einwohner einschränkt auf Personen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben. Allen EinwohnerInnen stehen Beteiligungsrechte im Rahmen von Bürgerinitiativen, EinwohnerInnenversammlungen und -fragestunden zu. Einschränkungen bestehen bei Partizipationsformen wie Wahlrecht, EinwohnerInnenantrag, Bürgerbegehren oder -entscheid, die sich, wie der Begriff es bereits bestimmt, nur auf Bürger beziehen. Eine Ausnahme gibt es in jugendspezifischen Anliegen, die es Jugendlichen ab 14 Jahren erlaubt, einen Anwohnerantrag zu stellen. „Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche auf der Basis der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt wurden also im wesentlichen durch Herabsetzung des Bürgeralters geschaffen. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Hinblick auf die Schaffung von geeigneten Partizipationsformen für Kinder und Jugendliche hat sich im Gesetz nicht niedergeschlagen“ (Backhaus-Maul und Olk, S.22).

Insbesondere in der Einflussmöglichkeit im kommunalem Raum wird ein wesentlicher Bestandteil für Kinder und Jugendliche gesehen, da es hier leichter zugänglich gestaltet werden kann. Kommunale Entscheidungen sind im Gegensatz zu den Entscheidungen des Landes- und Bundesparlaments weniger abstrakt in Form von Gesetzen, sondern geschehen häufig in ganz konkreten und auch von Kindern und Jugendlichen nachvollziehbaren Formen. Darüber hinaus sind die EinwohnerInnen einer Kommune wesentlich direkter von den Entscheidungen der Gemeinderäte betroffen, was die Motivation zur Partizipation erhöhen könnte. Die Entscheidungsträger können den Betroffenen näher stehen, indem sie persönlich bekannt sind.

In den einzelnen Kommunen können rechtlich verbindliche Partizipationsgrundlagen durch Beschlüsse der jeweiligen Stadt- oder Gemeindeparlamente geschaffen werden.



Partizipation von Kindern und Jugendlichen umfasst, wie auch bei Erwachsenen, ganz unterschiedliche Formen. In Anlehnung an Vilmar (Vilmar 1986) lassen sich drei unterschiedliche Stufen von Partizipation anführen. Als erste Stufe nennt er das Recht oder die Möglichkeit auf Mitsprache. Die zweite Stufe wird als Mitwirkung benannt und meint eine Beteiligung an Beratungsprozessen über gemeinsame Angelegenheiten. Erst auf der dritten Stufe spricht er von Mitbestimmung, die das Recht und die Möglichkeit der Beteiligung an Entscheidungsprozessen sichert. Partizipation kann in einer direkten oder indirekten Form stattfinden.

Die **direkte Form** bezeichnet **Partizipation**, bei der die Kinder und Jugendlichen selbst aktiv werden. Die Initiative für eine Beteiligung kann dabei von den Handelnden ausgehen, in den meisten Fällen initiieren und begleiten solche Aktionen aber Erwachsene.

Parlamentarische Partizipationsformen wie beispielsweise Kinder- und Jugendparlamente, Schülervertretung oder Jugendgemeinderat orientieren sich an den Verfahren der repräsentativen Demokratie. Delegierte werden als InteressensvertreterInnen in demokratischer Abstimmung gewählt. Obwohl durchaus auch gute Erfahrungen gemacht werden, weisen Backhaus-Maul und Olk darauf hin, dass parlamentarische institutionalisierte Partizipationsformen häufig wegen ihrer eigenen strukturellen Bedingungen problematisch sind. Zum einen entsprechen die formalisierten Strukturen und die langwierigen und undurchsichtigen Umsetzungswege nicht den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen nach ganz konkreter und zeit-

lich begrenzter Beteiligung, zum anderen fehlen den Beteiligten reale Machtbefugnisse und entsprechende Finanzausstattungen. In der Regel werden nur Vorschläge oder Empfehlungen ausgearbeitet. „Die Gefahr einer Alibipartizipation ist sehr hoch, Demotivationseffekte sind häufig die Folge“ (ebd.). Darüber hinaus betrifft die Partizipation nur einen sehr geringen Anteil von Kindern und Jugendlichen, in der Regel die sprachlich gewandten, mit hohem Selbstbewusstsein und höherem Bildungsstand. Auch beim Alter werden eher die Jugendlichen und älteren Kinder bedacht. Partizipationserfahrungen machen nur die Delegierten.

Des Weiteren gibt es offene Beteiligungsformen, wie beispielsweise Kinder- und Jugendversammlungen oder Runde Tische. Die Betroffenen können direkt teilnehmen und Beteiligungserfahrungen sammeln. Sie dienen zumeist zur Verständigung über lokalpolitische Fragestellungen zu Themen, die Kinder und Jugendliche betreffen. Hier handelt es sich in der Regel um Beteiligung, die durch Erwachsene geleitet und initiiert wird. Dabei gelingt es häufiger, eine geringe Formalisierung, die Spontaneität und Kreativität zulässt, herbeizuführen und damit den Bedürfnissen verschiedener Altersgruppen besser entsprechen zu können. Der Nachteil ist, dass sie zumeist keinen direkten Einfluss auf Entscheidungsstrukturen in Ämtern oder Parlamenten nehmen können.

Bei der projektorientierten Partizipation beschäftigen sich Kinder und Jugendliche in einem überschaubaren Zeitrahmen mit einem konkreten Thema oder Zusammenhang (Projekt). Diese Projektgruppen stehen normalerweise (wenn nicht eine klar

umrissene Zielgruppe angesprochen werden soll) allen interessierten Kindern und Jugendlichen offen. Häufig sind sie altersbezogen begrenzt oder arbeiten mit einer festen Bezugsgruppe über das gesamte Projekt. Partizipationsprojekte werden normalerweise von Erwachsenen initiiert, vorbereitet, begleitet und nachbereitet, wobei eine möglichst intensive Einbeziehung der TeilnehmerInnen sinnvoll ist. Für die Motivation der TeilnehmerInnen ist die Wahrnehmung einer Umsetzung wesentlich. Hier können je nach Projektart und -thema die unterschiedlichsten Fähigkeiten eingebracht werden, was die Beteiligungschancen einer breiten Gruppe erhöht. Über einen längeren Zeitraum und auch in einem größeren strukturellen Zusammenhang kann die Projektpartizipation Beteiligung aber meistens nicht gewährleisten.

Auf den Einzelfall bezogen gibt es darüber hinaus noch die individuelle Partizipation. Die direkte Einflussnahme von Kindern und Jugendlichen auf Belange, die ihr individuelles Leben betreffen, soll hier gewährleistet werden. Schon aufgrund des Sozialstatus von Kindern und Jugendlichen können einige Entscheidungen nicht von ihnen selber getroffen werden. Sie werden durch Eltern und Erziehungsberechtigte fremdbestimmt. Partizipation im Einzelfall soll Aushandlungsprozesse über die eigene Lebensführung und -gestaltung unterstützen oder auch erst ermöglichen. Ein Beispiel hierfür aus dem Bereich der Jugendhilfe ist die Mitwirkung an Hilfeplänen, bei denen die Betroffenen daran beteiligt werden, welche Hilfeform mit welchem Inhalt und zeitlichen Rahmen ihnen zukommen soll.

Die Vertretung von Kindern und Jugendlichen in Erwachsenengremien bietet Kin-

dern und Jugendlichen innerhalb bestehender Planungsrunden von Erwachsenen direkte Beteiligungsmöglichkeiten z.B. in Stadtteilarbeitskreisen oder Bürgerinitiativen.

Darüber hinaus gibt es in verschiedenen Bundesländern wie Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Hessen das kommunale Wahlrecht ab 16 Jahren.

Bei der **indirekten Partizipationsform** handelt es sich um eine Interessensvertretung durch Erwachsene, z.B. Kinderbeauftragte, Kinderanwälte, betroffene Eltern.

Kinderbeauftragte sind in der Regel Einzelpersonen, die in die Verwaltung eingegliedert sind und gezielt Einfluss nehmen auf Verwaltungs- und Parlamentsstrukturen. Zum Teil unterhalten sie Kinderbüros, die sowohl auf Einzelfallhilfe als auch administrativ ausgerichtet sein können.

Kinderanwälte, die auch die Interessen der Kinder vertreten, stehen in Abgrenzung dazu außerhalb von Verwaltungsstrukturen.

Familien- und Kinderfreundlichkeitsprüfungen sind formalisierte Prüfverfahren innerhalb kommunaler Verwaltungen, die die Interessen von Familien und Kindern im Verwaltungsbereich sicherstellen sollen.

Verschiedene Arbeitskreise (z.B. Jugendhilfeausschüsse) in denen VertreterInnen aus unterschiedlichen öffentlichen Bereichen zusammenkommen, dienen dazu, Interessen von Kindern und Jugendlichen zu diskutieren und Umsetzungsansätze zu entwickeln.

2.2

In der empirischen Untersuchung des DJI 1999 verteilte sich bundesweit die Partizipation wie folgt auf die Beteiligungsformen:

57% auf projektorientierte Formen,

16% auf offene Formen,

11% auf repräsentative Formen,

9% auf Formen der Beteiligung in Einrichtungen der offenen Jugendarbeit und

4% auf Erwachsenenformen.

Der Rest fällt auf Kontakte zu PolitikerInnen, was aber wohl nicht automatisch als eine Form der Partizipation zu werten ist.

Für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen eignet sich vor allem das kleinräumige Umfeld, die kommunale Ebene, das unmittelbare Lebensumfeld, also Lebensbereiche, die für Kinder und Jugendliche von existentieller Bedeutung sind. (Dabei sei zu beachten, dass das, was Erwachsenen existentiell erscheint, nicht unbedingt damit übereinstimmen muss, was Heranwachsende dazu erklären.) Genau an diesen Stellen erweisen sich die Betroffenen als Experten.

In der Partizipationspraxis muss die jeweilige Entwicklungsphase der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt werden und müssen adäquate Beteiligungsformen gesucht werden. Hierbei handelt es sich in der Regel um Formen direkter Beteiligung.

In den Fällen, in denen die Kinder und Jugendlichen nachweislich ihre Interessen noch nicht selber vertreten können, ist es

möglich, dass diese Interessen anwaltschaftlich von einem Dritten vertreten werden. Diese Dritten können Personen, denen in ihrer Funktion die Interessenvertretung anvertraut wird, oder die Sorgeberechtigten der Kinder selbst sein.

Verschiedene Autoren wie Hurrelmann (Hurrelmann 1987) oder Roth (Roth 1987) verweisen darauf, dass Partizipation nicht nur symbolischen Charakter haben darf, sondern dass auf erfolgversprechende Gütekriterien geachtet werden muss. „Besondere Bedeutung wird dabei einer frühzeitigen und sachlich umfassenden Beteiligung, einer geringen Formalisierung von Verfahren und Instrumenten sowie einer zeitlichen Begrenzung und einem sichtbaren Erfolg von Partizipationsaktivitäten beigemessen“ (Backhaus-Maul / Olk 2000)

Partizipationsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche sollten ein integraler Bestandteil jeder Gesellschaft und deren Politik sein. Abzielen sollen sie auf die aktive Verbesserung von Lebensbedingungen. In Untersuchungen wie die genannte von Backhaus-Maul und Olk wurde deutlich, dass Jugendliche sich und ihre Interessen politisch nicht vertreten fühlen. Diesem Grundgefühl der Jugendlichen kann mit Hilfe von Partizipationserfahrungen (gemeint sind Erfahrungen des Mitgestaltens und Mitbestimmens) entgegengewirkt werden. Notwendig ist es dafür, Ergebnisse und Auswirkungen der eigenen Partizipation erlebbar zu machen. Die Daten der Untersuchung machen aber deutlich, dass der rechtliche Anspruch und dessen Realisierung auseinander klaffen.



2.3

Gründe für das verstärkte politische Interessen an der Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Vor dem Hintergrund der überall anstehenden Sparmaßnahmen kommen die verschiedenen Jugendhilfemaßnahmen in Legitimations- und Begründungszwang. Partizipationsmöglichkeiten sollen hier zum einen den Nutzen (Effizienz) einer Maßnahme messen und die Notwendigkeit dieser Maßnahme dokumentieren, zum anderen als Produktivfaktor eingesetzt werden. Die betroffenen Kinder und Jugendlichen sollen als LeistungsnehmerInnen in eine Interaktion geführt werden, um eine angemessene Dienstleistung zu vereinbaren. Häufig wird unterschätzt, wie stark sowohl die Menge, als auch die Güte und auch der fachliche Erfolg personenbezogener Leistungen von der Mitwirkung und Mitbestimmung der Betroffenen abhängt.

Ein anderer Grund liegt in der geringen parteipolitischer Bindung Jugendlicher. Nach den Befragungsergebnissen der Shellstudie liegt das Interesse an politischer Mitwirkung bei Jugendlichen weit hinter den Interessenbereichen „Arbeit“, „Partnerschaft“ und „Freundeskreis“ zurück. Ein vergleichbares Befragungsergebnis von Jugendlichen zeigt auch die Untersuchung der offenen Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt, die START 2001 durchführte. Während Organisationen, die einen direkten Zusammenhang von Engagement und Thema bzw. Ziel sichtbar und erlebbar machen, Vertrauen genießen, fühlen Jugendliche ihre Interessen in den klassischen politischen Institutionen wie Parteien, Parlamenten und Regierungen nicht vertreten. Politisches Engagement und die eigene Einmischung erscheinen sinnlos. Eine Privatisierung des eigenen Lebens wird erlebt (vgl. Jugendwerk der Deutschen Shell 1997). Ein Grund für das man-

gelnde Vertrauen in politische Institutionen ist die Überzeugung der Jugendlichen, ihre Interessen würden in den Gremien der Erwachsenen nicht vertreten. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass diese Aussagen der Jugendlichen sich auf parteipolitisches Engagement beziehen. Eine Bereitschaft sich zu engagieren besteht laut Shell Studie durchgängig, auch für politische Themen. Hier muss differenziert werden zwischen parteipolitischem Engagement und dem Engagement für politische Themen.

Die Motivation für ein Engagement ist altersspezifisch unterschiedlich. Während sich die Jüngeren eher dadurch motiviert sehen, dass Freunde dabei sind, oder sie Abwechslung zur sonstigen Freizeitbeschäftigung suchen, zeigt sich die Motivation der Älteren ziel- und themenorientiert. Jugendliche wollen eigene Fähigkeiten einbringen können und nicht nur mitgestalten, sondern auch mitbestimmen. Signifikant war aber hinsichtlich der Engagementbereitschaft, dass eine erhebliche Differenz zwischen der Befürwortung von Engagement und einem tatsächlichen Handeln gemessen wurde. Jugendliche sind zwar zum Engagement bereit, die bereits bestehenden Möglichkeiten und Zugänge scheinen aber offensichtlich nicht attraktiv oder geeignet. Auch diese Befunde zeigen die Notwendigkeit für Partizipationsversuche, insbesondere in den alternativen Möglichkeiten.

Verwiesen werden soll an dieser Stelle erneut auf die Möglichkeit der politischen Teilhabe für Jugendliche ab 16 Jahren, die in Sachsen-Anhalt durch die Herabsetzung einer Wahlberechtigung eingerichtet wurde. Wird aber innerhalb dieser Partizipationsformen von den Betroffenen keine wirkliche Teilhabe für Jugendliche erkannt, verwundert die geringe Wahlbeteiligung von Jugendlichen nicht.



2.4

Über die Notwendigkeit von Partizipation

Auf der gesellschaftspolitischen Ebene wird Partizipation deshalb notwendig, weil die Folgen aktueller Entscheidungen vorrangig von der nachwachsenden Generation getragen werden müssen. Das sich abzeichnende Wählerverhalten insbesondere der jüngeren Wähler zeigt, wie wichtig es wird, die Themen junger Menschen anzusprechen und ihre Anliegen politisch zu vertreten. Das sich verringernde Wahlinteresse kann ein Zeichen dafür sein, dass die Problemlösungskompetenz politischer Systeme als nicht ausreichend bewertet wird. Auch die politischen Jugendorganisationen verbuchen Rückgänge, so dass Partizipation aus sozialwissenschaftlicher Sicht eine Erfolg versprechende Gegenstrategie sein könnte.

Auf der politischen Ebene wird darauf hingewiesen, dass gerade die jungen Bürger einer demokratischen Gesellschaft in besonderem Maße die Garanten für die mittelfristige Stabilität des politischen Systems sind. Darüber hinaus ist eine Gesellschaft auf die Zustimmung und Mitbestimmung der jungen Generation angewiesen, da sie es sind, die Chancen und Risiken langfristiger politischer Entscheidungen tragen müssen. Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen setzt auf eine lebensgeschichtlich frühzeitige Einbeziehung in soziale Belange, die nachhaltig dazu beitragen kann, dass Kinder und Jugendliche ein positives und auch selbstverständliches Verhältnis zum demokratischen System entwickeln und sich später als Erwachsene in konstruktiver Weise politisch und sozial engagieren. Über konkrete Erlebbarkeit von demokratischen Strukturen lernen Kinder und Jugendliche Verantwortung für kommunale Belange zu tragen. Dies ist eine Gegensteuerung zur viel beschworenen Individualisierung und zum sozialen Rückzug der jungen Generation.

Eine ernst gemeinte Partizipation setzt die Bereitschaft Erwachsener voraus, Entscheidungen und Verantwortung und damit verbunden eine machtvolle Stellung in Teilbereichen abzugeben. Widerstände gegen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entstehen meist dann, wenn sie als Störung bürokratischer Abläufe, die zusätzlicher Zeit und Arbeit bedarf, wahrgenommen wird.

Sowohl direkte als auch indirekte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist auf kommunaler Ebene praktikabel, somit lässt sich... „die Kommune als der zentrale Ort der Kinderpartizipation bezeichnen“ (Backhaus-Maul / Oik 2000). Ein geeignetes Anwendungsfeld für Partizipation stellt die Beteiligung an Planungsprozessen dar, deren möglichst zeitnahe Umsetzung in die Realität (die Lebenswelt der Betroffenen) erlebt und verfolgt werden kann. „In diesem Zusammenhang ist natürlich insbesondere an die kommunale Jugendhilfeplanung nach §80 KJHG zu denken, da gerade durch sie die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen nachhaltig geprägt werden kann“ (ebd.).

Auch die Schulen sind ein wichtiger Ort, an dem Partizipationsprojekte angeboten werden können. Sie erreichen alle Kinder und Jugendlichen und können darüber hinaus Erfahrungen miteinander und auch mit den LehrerInnen bieten, die abseits der sonst herrschenden Wissensvermittlung im eng strukturierten Rahmen möglich werden. „Für das weitere Engagement von SchülerInnen sind insbesondere ihre praktischen Erfahrungen mit demokratischen Instrumenten ausschlaggebend, das reine Institutionenwissen über die Funktionsweise der Demokratie spielt dagegen eine wesentlich geringere Rolle“ (ebd., S.31). Darüber hinaus ist in den verschiedenen Landesschulgesetzen eine Schülermitwirkung festgeschrieben, die für viele SchülerInnen die ersten Erfahrungen mit Wahlen und Delegation von Interessenvertretung bedeutet. In der Realisierung bleibt diese Form aber in vielen Fällen recht bedeutungslos, da sie sich auf Beratungs- und Empfehlungsrechte beschränkt. Eine wesentlich effektivere Partizipation wäre im Unterricht selber zu

erzielen, indem den SchülerInnen wirkliche Mitgestaltung des Unterrichtes ermöglicht würde (vgl. DJI 2000, S.31f.) Dies könnte sowohl den methodisch-didaktischen Bereich als auch die Auswahl der (Projekt-)Themen betreffen.

In den Kindergärten und Kindertagesstätten sollte ebenfalls eine altersentsprechende Beteiligung in für die Kinder relevanten Belangen erfolgen. Häufig werden Runden, wie beispielsweise Stuhlkreise, nicht dazu genutzt. Hier wird zumeist der Beteiligung von Eltern ein höherer Stellenwert beigemessen, wenn überhaupt eine Partizipation angeboten wird. Auch hier gibt es das Delegiertenverfahren für die Vertretung der Elternschaft.

Das gleiche bietet sich auch in Horten und Freizeiteinrichtungen an. Hier können beispielsweise Strukturen wie Clubräte als Delegierte an der Gestaltung und Planung mitwirken.

„Kinder- und Jugendverbände verstehen sich als organisierte Form der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen. Sie vereinen demokratische Legitimität, Kontinuität, Kompetenz und politische Unabhängigkeit. Hinsichtlich des demokratischen Anspruchs von Partizipation ist die Vielfalt der Trägerschaften von hoher Bedeutung. Praktisch hat jedoch in letzter Zeit die Integrationskraft von Kinder- und Jugendverbänden stark abgenommen“ (ebd.). Hier fällt es augenscheinlich schwer, Arbeitsformen zu finden, die Kinder und Jugendliche überzeugen.

Ein weiteres Beteiligungsfeld ist innerhalb der Jugendhilfe der Bereich der Hilfen zur Erziehung. Zum einen besteht im KJHG eine

2.5

rechtliche Verpflichtung und zum anderem leitet sich eine Beteiligung der Betroffenen schon aus dem Dienstleistungscharakter der Hilfen zur Erziehung ab. Die auf den Einzelfall abgestimmten Hilfen können nur im Aushandlungsprozess von professionellen Anbietern und individuellen Bedürfnissen ermittelt werden. Eine Partizipation aller Betroffenen trägt wesentlich zur Erreichung von vereinbarten Zielen bei und fördert die Zufriedenheit mit der Hilfeform. Trotzdem zeigt sich in der Praxis die immer noch unzureichende Umsetzung. Trede (Trede 1998) weist auf die Notwendigkeit der Partizipation gerade im Bereich der Hilfen zur Erziehung hin. Seiner Auffassung nach stellt die Beteiligung Betroffener eine angemessene nachfrageorientierte Reformstrategie dieser Maßnahmen dar.

Auch innerhalb der Familien besitzt Partizipation einen hohen Stellenwert. Seit den 70er Jahren verändert sich nicht nur das Geschlechterverhältnis, sondern auch das Generationenverhältnis. Backhaus-Maul und Olk weisen darauf hin, dass Träger dieser vermehrten Demokratisierung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen nicht in allen sozialen Lagen Rechnung tragen. Insbesondere die mittleren sozialen Lagen sind Träger von Modernisierungstendenzen. Kindern werden größere Spielräume zur Selbstentfaltung zugestanden und das Verhältnis zwischen Jugendlichen und Eltern bietet mehr Aushandlungsmöglichkeiten. Die zunehmende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist an der stärkeren Betonung des Beziehungsaspektes innerhalb der Erziehung erkennbar. Ein leitendes Ziel eines solchen Erziehungs- und Beziehungsstils ist die Verselbständigung der Kinder.

Die wesentlichste Voraussetzung für das Gelingen von Partizipation ist die ernstgemeinte Auseinandersetzung der Entscheidungsträger mit den Ideen und Meinungen der Kinder und Jugendlichen. Das bedeutet für die Praxis, dass Partizipation ernsthaft gewollt ist und damit eine bewusste Entscheidung der Verantwortungsträger für eine Partizipation gefällt wird. Dabei braucht es eine Transparenz der vorhandenen Rahmenbedingungen, die das Ziel der Beteiligung erkennen lässt und zeigt, auf welcher Ebene partizipiert werden kann (Mitsprache, Mitwirkung oder Mitbestimmung). Die Umsetzung muss in einem überschaubaren Zeitrahmen geschehen, damit die Reaktion (sei es Einflussnahme auf Entscheidungen oder direkte Umsetzung) von den Beteiligten noch erlebbar ist. Dies gilt insbesondere für die Partizipation an Veränderungen, von denen die Beteiligten direkt betroffen sind. Das setzt, wie bereits erwähnt, die Abgabe von Machtbefugnissen voraus. Um Kinder und Jugendliche davon zu überzeugen, dass ihre Meinung und Tatkräftigkeit ernsthaft gefragt ist (keine Alibipartizipation), sollten sie nur dort beteiligt werden, wo die Umsetzung ihrer Ideen auch entsprechend realisiert werden kann, bzw. eine Anregung von Planungsprozessen auch erfolgt.

Darüber hinaus sollte Erfolg versprechende Partizipation breit angelegt werden und nicht in Form einmaliger Projektangebote stattfinden, die ihren Einfluss entsprechend kurz ausfallen lassen. „Betroffenenbeteiligung ist eine Frage von Kultur. Sie ist nicht von heute auf morgen herzustellen. Sie braucht Zeit. Sie muss immer wieder eingeübt werden“ (START Dokumentation 1999, S.23). Ideal wäre es, Kindern und Jugendlichen in ganz unterschiedlichen Lebensbe-

reichen ihrer Sozialisation (wie Familie, Schule, Freizeit, etc.) Erfahrungen von Beteiligung und Mitbestimmung zu gewähren. Dafür werden aber partizipatorische Strukturen in Familie, Elementarbetreuung, Schule und Kommune notwendig.

Die jeweilige Thematik einer Beteiligung sollte, um motivierte Kinder und Jugendliche zu erhalten, den Betroffenen selber wichtig sein und einen unmittelbaren Bezug zu ihrer Lebenswelt besitzen. Wichtig ist hierbei die zeitliche und inhaltliche Transparenz für Partizipationsprozesse. Darüber hinaus muss die Form der Beteiligung dem Alter und den vorhandenen Ressourcen der Kinder und Jugendlichen entsprechend ausfallen. Nicht immer sind Partizipationsformen, die auf der Erwachsenenpartizipationskultur aufbauen, passend für junge Menschen. Hier muss mit Kreativität nach neuen Wegen gesucht werden. Partizipation muss entweder offen für alle Kinder und Jugendlichen sein oder für spezielle Themen eintreten und sich damit einer bestimmten Interessensgruppe anbieten. Am wirkungsvollsten sind Partizipationsformen, die abgestimmt sind auf das jeweilige Themenfeld und auf die jeweilige Personengruppe, in denen sie eingesetzt werden sollen.

In verschiedenen Prozessen erscheint eine pädagogische Begleitung durch Erwachsene als sinnvoll. Wesentliche Aufgabe ist dabei die Schaffung von organisatorischen Rahmenbedingungen für Partizipationsangebote und die Funktion als AnsprechpartnerInnen. Zu berücksichtigen ist dabei aber die Gefahr, dass durch die Einflussnahme Erwachsener eine Manipulation in die von ihnen anvisierte Richtung stattfinden kann. Hier sollten sich die Tätigen auf die Rolle

2.6

der Moderatorin/des Moderators und der Organisatorin/des Organisers zurückziehen.

Die politische Lobbyarbeit für umfassende Partizipationsansätze müssen allerdings Erwachsene verfolgen, insbesondere diejenigen, die mit dieser Funktion z.B. als Kinderbeauftragte oder in Kinderbüros betraut sind, aber auch diejenigen, die in einer anderen Verbindung als Betroffene mit Kindern und Jugendlichen leben oder arbeiten wie Erziehungsberechtigte, LehrerInnen etc. Wichtig für einen inhaltlichen Erfahrungsaustausch und die gegenseitige Unterstützung ist eine überregionale Vernetzung, um sich nicht als Einzelner zu erleben.

Unter dem finanziellen Faktor rechnet sich Partizipation auch nur, wenn sie umgesetzt und ernst gemeint ist. Bedeutet sie zu Beginn mehr Aufwand, so wird sie sich, wenn die Belange getroffen werden, durch Effizienz und Übernahme von Verantwortung der Kinder und Jugendlichen später auszahlen.

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, steht auf der einen Seite die theoretische Auseinandersetzung mit dem Thema Partizipation und auf der anderen die Umsetzung dieser Ansätze in die Praxis. Mit diesem Projekt soll beispielhaft an drei Standorten erfragt werden, wie aus Sicht der Jugendlichen Partizipation in Sachsen-Anhalt in die Praxis umgesetzt wird und welche Partizipationswünsche Jugendliche ggf. zusätzlich benennen.



3.

Methodenbeschreibung

Die Methode „Ideenworkshop“ ermöglicht es, zum Thema Partizipation mit Jugendlichen eine Bilanz zu ziehen und Beteiligungswünsche zu entwickeln.

Allgemeines Ziel eines Workshops ist es, eine Bestandsanalyse (Momentaufnahme) einer Situation, eines Problembereiches oder eines Themas mit einem möglichst breiten Spektrum der betroffenen oder beteiligten Personen vorzunehmen. In weiteren Schritten werden Wünsche, Veränderungsideen und konkrete Vorschläge ange-dacht.

Jede Veranstaltung wurde von den drei unten genannten Ablaufschritten methodisch und organisatorisch bestimmt.

Die Themenauswahl und deren inhaltliche Gestaltung lag ausschließlich in den Händen der TeilnehmerInnen. Wesentlicher Bestandteil war das selbständige arbeiten in selbstbestimmten Gruppen. Die konkrete Vorgehensweise orientierte sich immer an den drei Arbeitsschritten und wurde in einzelnen Fällen auf die Besonderheiten der TeilnehmerInnengruppe oder der Gegebenheiten vor Ort abgestimmt (Zeitplan, Unterstützung durch ModeratorInnen in den Kleingruppen usw.).



Vorbereitung

Bereits in der Einladung ist auf den besonderen Charakter der Veranstaltung hingewiesen worden (Workshop).

Für die TeilnehmerInnen wurden in der Regel kalte Getränke und Kekse, Süßigkeiten und Obst bereitgestellt. An einer Wand war der Titel Ideenworkshop und darunter Rubriken mit den „Arbeitsschritten“ und einzelnen Fragestellungen gut lesbar angebracht.

Begrüßung.

Mit einer Begrüßung der TeilnehmerInnen und der Vorstellung der ModeratorInnen begann jeder Workshop. Anschließend folgte eine kurze Erläuterung zum Ablauf anhand der an der Wand stehenden Begriffe und der mitgebrachten Materialien (Stifte, Karten usw.).

Eine Vorstellungsrunde wurde je nach Wunsch der TeilnehmerInnengruppe gestaltet.

Erster Schritt:

Bilanz ziehen (Mit einer Ist-Stand-Analyse)

Die ModeratorInnen erläuterten diesen Arbeitsschritt. Folgende Fragestellungen sollten die Überlegungen der TeilnehmerInnen leiten:

Was ärgert euch - was findet ihr gut, wenn ihr an Beteiligung von jungen Menschen denkt?

Beteiligung meint: Einfluss nehmen, mitentscheiden, mitgestalten usw.

Wo werdet ihr gefragt? Wo ist eure Meinung gefragt?

Welche Erfahrungen habt ihr gemacht? Was fällt Euch dazu ein? Positiv und negativ.

Die TeilnehmerInnen konnten sich in kleinen Gruppen, zu zweit oder auch alleine hinsetzen und die für sie wichtigen Punkte auf je eine Karteikarte schreiben. Bildeten sich kleine Gruppen, so bestand die Möglichkeit einzelne Punkte schon in der Kleingruppe kurz zu diskutieren. Wichtig: Es sollten alle Stichworte vorgestellt werden. (Alles ist wichtig, nichts darf „unter den Tisch fallen“.) Im Anschluss stellte jede Gruppe oder Person ihre positiven und negativen „Bilanzpunkte“ im Plenum vor und heftete sie an die Wand. Es wurden Rubriken gebildet (Gleiches untereinander, Verschiedenes nebeneinander), um einen besseren Überblick zu erhalten. So kristallisierten sich auch die im Kapitel 5 beschriebenen Themenschwerpunkte heraus.

Zweiter Schritt:

Wünsche, Ideen, Themen,...

Es fanden sich, wie schon in dem ersten Arbeitsschritt, kleine Gruppen zusammen (zwei, drei oder mehr Personen) und erstellten eine Sammlung ihrer Ideen und Wünsche in Bezug auf das Thema Partizipation. Dabei sollte es noch nicht um die Realisierung gehen, sondern zunächst sollten, soweit möglich, ohne den Zwang zur Umsetzung Ideen entwickelt („gesponnen“)

3.

werden. Auch hier galt die Regel: Alles ist wichtig und wird auf Karten oder Papier festgehalten und kann, wenn die Gruppen dies wollen, kreativ und gestalterisch umgesetzt werden.

Die Ergebnisse wurden im Plenum vorgestellt, auf Plakaten oder Moderationskarten verständlich dargestellt und in der Gesamtgruppe hinterfragt und mit eventuell neuen weiterführenden Gedanken ergänzt.

Dritter Schritt:

Wege der Umsetzung entwickeln

Am Ende der Veranstaltung wurde gefragt, welche Konsequenzen sich für die TeilnehmerInnen aus dem bisher Erfahrenen und Diskutierten ergeben. Was soll in der nächsten Zeit konkret erarbeitet, welche Ziele sollen verfolgt werden? Welche Forderungen sind an wen zu richten? Welche Umsetzungsvorschläge gibt es? Welche konkreten Aufgaben müssen erledigt werden? Was erscheint als eine sinnvolle Vorgehensweise im Sinne der TeilnehmerInnen?

Auch hier wurden alle Forderungen und Anregungen auf Karten festgehalten und in der Rubrik „Wege der Umsetzung“ angeheftet. In diesem letzten Abschnitt des Workshops ging es besonders darum, Ziele für das weitere Vorgehen zu benennen und zu überlegen welche Schritte, welche Vorgehensweise führt zur Zielerreichung?



Die im Anschluss zusammengefassten Ergebnisse sind in neun Workshops von Jugendlichen erarbeitet worden. Je drei Workshops fanden in den Landkreisen Sangerhausen, Bitterfeld und der kreisfreien Stadt Dessau statt. In den Standorten der Landkreise wurden jeweils Jugendclubs im ländlichen Bereich und auch in den Städten besucht. Nur in Dessau gelang es, zwei der Workshops mit Schulklassen durchzuführen. Beides waren 9. Klassen, einmal von einer Sekundarschule und einmal von einem Gymnasium. Die Auswahl der Klassen wurde vom örtlichen Jugendamt vorgenommen. Alle anderen Veranstaltungen fanden in den Räumlichkeiten von Jugendclubs statt. Die TeilnehmerInnen dort waren im Wesentlichen die NutzerInnen des Veranstaltungsortes und unterschiedlicher in der Nähe liegender Clubs.

Die Workshops fanden im November und Dezember 2001 statt. Im Vorfeld wurden über die Jugendämter Kontakte zu Schulen und Jugendclubs hergestellt. MitarbeiterInnen in den Clubs und LehrerInnen an den Schulen konnten für eine Kooperation gewonnen werden. In Schulen und Clubs wurden Einladungsflyer zur Information verteilt.

Die Workshops wandten sich an Kinder und Jugendliche im Alter von 12 bis 27 Jahren. Diese Altersspanne wurde gewählt, weil die Methode eines Ideenworkshops für diese Altersgruppe als eine adäquate Arbeitsform empfunden wird. In der weiteren Beschreibung wird zur Vereinfachung nur noch von Jugendlichen gesprochen, da die Workshops zum überwiegenden Teil von Jugendlichen genutzt wurden.

In der Regel wurde nur von der Einladung zu den Partizipations-Workshops Gebrauch gemacht, wenn sich MitarbeiterInnen der Clubs bereit erklärten eine Gruppe von Jugendlichen in den veranstaltenden Club zu begleiten. (Um die Jugendlichen für ein Engagement zu interessieren, müssen bei weiteren Verabstaltungen die MitarbeiterInnen im Vorfeld ausreichend über das Projekt informiert werden.) Nach deren Angaben reagierten viele der angesprochenen Jugendlichen ablehnend mit der Begründung, ein Engagement sei ihrer Erfahrung nach ohne Erfolg.

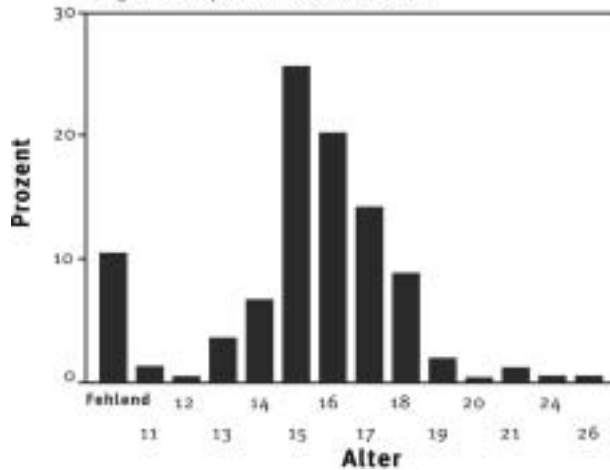
Die für die Workshops zur Verfügung gestellte Zeit war in der Regel sehr begrenzt. Zum Teil wurde die Zeit von der Unterrichtsplanung der Schule oder der Zeit, die die begleitenden MitarbeiterInnen zur Verfügung stellten, eingeschränkt. In einem größeren Zeitrahmen hätte an verschiedenen Stellen vertiefend gearbeitet werden können. Die Bereitschaft und das Interesse von Seiten der Jugendlichen war durchgängig vorhanden und hat sich im Verlauf der Workshops zu einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema entwickelt.

Nachfolgende Grafik gibt einen Überblick über die Altersstruktur und den Bildungsstand der TeilnehmerInnen zur Zeit des Workshops. Von den TeilnehmerInnen waren 49,3% weiblich und 40,3% männlich. Bei 10,4% fehlt die Angabe ihres Geschlechts. Insgesamt nahmen 131 Jugendliche an den Workshops teil. 13 pädagogische MitarbeiterInnen begleiteten die Jugendlichen und beteiligten sich in unterschiedlichem Maße an den Workshops. Bei allen Workshops standen die Eigeninitiative und die Aussagen der Jugendlichen aber im Vordergrund.

4.

Alter der TeilnehmerInnen

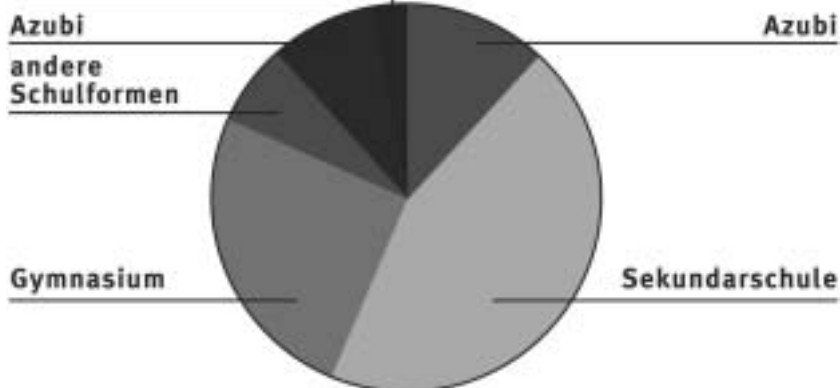
Angaben in prozentualen Anteilen



Bildungsstand der TeilnehmerInnen

Angaben in prozentualen Anteilen

Berufstätigkeit



- 45% der TeilnehmerInnen waren SchülerInnen einer Sekundarschule,
- 25,2% waren Gymnasiasten,
- 6,9% entstammten anderen Schulformen (i.d.R. berufsvorbereitende Schulen),
- 8,4% befanden sich in einer Ausbildung,
- 3,1% waren berufstätig,
- 11,5% machten keine Angabe zu ihrer Tätigkeit.

5.1

Ist-Stand-Analyse

Um zu berücksichtigen, mit welchem Erfahrungshintergrund die Jugendlichen an diesen Ideen-Workshops teilnehmen, wird zu Beginn der Workshops eine Ist-Stand-Analyse zum Thema Partizipation durchgeführt, die zu Beginn dieser Darstellung zusammenfassend formuliert wird.

Durchgehend beschreiben die TeilnehmerInnen keine oder nur geringe Erfahrungen mit Partizipationsmöglichkeiten in den unterschiedlichsten Bereichen. Der fehlende Erfahrungshintergrund zieht sich durch alle Altersgruppen.

Bis auf sehr wenige Ausnahmen zeigen sich die TeilnehmerInnen überzeugt davon, dass Kinder und Jugendliche keine Lobby haben und ihre Meinungen, ihre Wünsche und Bedürfnisse im politischen Raum nur sekundär oder gar nicht behandelt werden. Auch in Bereichen, die Jugendliche direkt betreffen, werden die Meinungen und die Wünsche der Betroffenen nicht abgefragt, sondern es wird von Erwachsene bestimmt, was für Kinder und Jugendliche wichtig und richtig erscheint.

Zusammenfassend machen die Jugendlichen sowohl in ihren Schulen, in den von ihnen besuchten Jugendclubs, als auch im kommunalpolitischen Raum die Erfahrung, mit ihrer Meinung von Erwachsenen (häufig genannt sind Entscheidungsträger) nicht ernst genommen zu werden. Ihnen fehlen sowohl Zugänge zu bestimmten Themenfeldern (siehe genauer im Verlauf dieser Ausführung), als auch zu AnsprechpartnerInnen, die ihnen in strukturellen Zusammenhängen (formalisierte Wege) Hilfe anbieten könnten. Gelingt es ihnen, AnsprechpartnerInnen für ihre Anliegen zu finden, fällt es nach den geschilderten

Erfahrungen ausgesprochen schwer, die eigene Meinung zu vertreten, da eine ernst gemeinte Auseinandersetzung nur selten stattfindet. Dass dann die eigenen Vorschläge oder Wünsche umgesetzt werden, ist eine Erfahrung, auf die nur ausgesprochen wenige Befragte zurückgreifen können.

Es werden weder projektorientierte Partizipationserfahrungen geschildert noch die Beteiligung an lokalpolitischen offenen Beteiligungsformen, die sich mit kinder- und jugendbetreffenden Fragen beschäftigen.

Die wenigen genannten Erfahrungen sind im Bereich der Mitsprache einzuordnen. Dagegen werden keinerlei Erfahrungen, geschildert, die im Bereich von Mitwirkung und Mitbestimmung einzuordnen wären. Ebenso gibt es weniger Erfahrungen mit direkter (Jugendliche werden selber aktiv) als mit indirekter (durch Delegierte) Interessenvertretung. Auch in den Fällen, in denen Jugendliche delegiert werden, wie etwa in der Schule oder vereinzelt im Jugendclub, können die Delegierten nach eigenem Erleben wenig partizipieren. Entsprechend dieser Aussagen fühlen sich die Jugendlichen unzureichend durch die Delegierten vertreten.

Auffällig ist an den für die TeilnehmerInnen interessanten oder gewünschten Handlungsfeldern, dass Jugendliche insbesondere die Bereiche nennen, die sie persönlich betreffen oder an denen sie in Zukunft vermehrt mitwirken wollen. Dabei stehen für die SchülerInnen (Workshops im Klassenverband) die Themen Schule, Familie und kommunale als auch übergeordnete Politik an den ersten Stellen. Nicht einmal 5% der an den Workshops teilnehmenden SchülerInnen

nen der zwei Klassen waren NutzerInnen von Jugendclubs, deshalb werden entsprechend dieser Tendenz auch keinerlei Partizipationserfahrungen in diesem Bereich genannt. Für die NutzerInnen von Jugendclubs steht Partizipation innerhalb ihrer Clubs an erster Stelle, gefolgt von Schule und Politik. Von allen TeilnehmerInnen wird die Beteiligung in Vereinen, Kirche oder anderen Interessenvertretungen nur sekundär als Ort genannt, an denen sich Jugendliche beteiligen können oder Beteiligung wünschen würden.

Auffallend wenig Erfahrungen werden in interessengruppen- und themenorientierten Partizipationsformen wie beispielsweise Demonstrationen, Diskussionsforen, Arbeitsgemeinschaften oder Workshops genannt. Entweder scheinen die TeilnehmerInnen diese Formen überhaupt nicht in ihrer Umgebung vorzufinden oder für sich nicht nutzen zu können oder zu wollen. Eine andere Interpretation der Nichtnennung wäre, dass sie die Wirkungsweise dieser Partizipationsform als gering einschätzen. In keiner der veranstalteten Gruppen wurden diese Formen überhaupt diskutiert.

Im Folgenden werden die vier Themenbereiche, die besonders häufig innerhalb der Workshops diskutiert wurden, thematisch zusammengefasst. Die hier gewählte Reihenfolge der Themen spiegelt die von den TeilnehmerInnen gesetzte Wertigkeit wider.





Erfahrungen mit Partizipation in der Schule

Im Bereich Schule finden sich die negativsten Erfahrungen der TeilnehmerInnen mit, aber auch der größte Wunsch nach Beteiligung. Die Schulen sind in ihren Beschreibungen gekennzeichnet durch ein stark hierarchisiertes und leistungsorientiertes Verhältnis zu den Lehrkräften. Die Meinung und die Einflussnahme von Seiten der SchülerInnen ist nicht gewünscht und aus Sicht der TeilnehmerInnen strukturell auch nicht vorgesehen. Diskussionen werden im Unterricht nur selten angeboten, in den wenigen Fällen aber als sehr fruchtbar und lehrreich erlebt. Nur an einer Schule werden Partizipationsmöglichkeiten beispielhaft erläutert, sie beziehen sich aber ausschließlich auf die dortige Projektarbeit. Hier können Ideen und Wünsche eingebracht und umgesetzt werden. In den stärker leistungsbezogenen Fächern findet der Unterricht in seiner methodisch-didaktischen Form so statt, dass es strukturell gar nicht möglich wird, eigene Überzeugungen und Fragestellungen einzubringen und zu diskutieren. Die TeilnehmerInnen halten die erlebte Unterrichtsform inhaltlich und methodisch für nicht ausreichend effektiv und nicht geeignet zur Einübung eigener politischer Meinungsbildung.



Insbesondere das unpersönliche und hierarchisierte Verhältnis zu den LehrerInnen machen die Jugendlichen dafür verantwortlich, dass sie innerhalb der Schule keine Möglichkeiten zu Mitgestaltung erhalten. Da die LehrerInnen kein persönliches Interesse an den SchülerInnen zeigen, haben sie folglich nach Überzeugung der Jugendlichen auch kein Interesse an der Meinung und Einstellung der SchülerInnen. Das Thema Überalterung der Lehrkräfte als Generationskonflikt wird aufgeworfen. Den älteren Lehrkräften fällt es aus Sicht der SchülerInnen schwer, sich in ihre Lebenssituation zu versetzen. Zum einen scheint ein positives Verhältnis zwischen SchülerInnen und Lehrkräften von der persönlichen Einstellung einzelner LehrerInnen abhängig zu sein. Zum anderen scheint es jungen Lehrenden eher zu gelingen, eine Verständigung und ein Miteinander mit den Jugendlichen zu erreichen.

Innerhalb der Schule wird Lehrkräften nur in der Wissensvermittlung begegnet, nicht auf der persönlichen Ebene. Selbst in Bereichen, die in den Freizeitbereich übergehen, wie beispielsweise Klassenfahrten, findet nur recht eingeschränkt die Möglichkeit zur Beteiligung statt. Die Klassenfahrten werden von den Lehrkräften geplant und organisiert.

Auch Eltern erhalten nach Aussagen der Jugendlichen weder Informationen über die in der Schule bestehenden Zusammenhänge noch bekommen sie die Möglichkeit zur Partizipation.

SchülerInnen nehmen aus die Beurteilung ihrer Leistungen (Zensuren), auf die Gestaltung des Unterrichts oder des Schulgebäudes keinerlei Einfluss. Sie werden auch nicht an der Gestaltung und der Bewertung des Unterrichts von Lehr- und Leitungskräften beteiligt. Die Schul- und Hausregeln werden über ihre Köpfe hinweg verhängt. Das Schulgesetz und die dort beschriebenen Möglichkeiten der Beteiligung sind den SchülerInnen nicht bekannt (z.B. „Die Schulleiterin oder der Schulleiter, die zuständigen Konferenzen sowie Lehrerinnen und Lehrer sollen grundsätzliche Fragen der Schulorganisation sowie der Planung und Gestaltung des Unterrichts mit den Klassenverbänden sowie den Klassenvertreterinnen und Klassenvertretern beraten.“ Schulgesetz Sachsen-Anhalt, §45a, 4)

Die rechtlich vorgegebenen und parlamentarisch strukturierten Partizipationsformen wie Klassensprecher, Schulsprecher etc. werden von den SchülerInnen in ihrer Einflussmöglichkeit nur als gering eingeschätzt. Zum größten Teil sind die Schüle-

rInnen nicht darüber informiert, ob sie innerhalb ihrer Funktion über Beratungs-, Empfehlungs- oder Mitspracherecht an ihrer Schule verfügen. Die in verschiedenen Gremien anwesenden Jugendlichen, die als Delegierte einer Klasse gewählt sind, können nach eigener Erfahrung nur schwer die Interessen der Klasse vertreten. Zum einen erhalten sie als Klasse kaum Verfügungsstunden, die es ihnen ermöglichen würden, die Meinung der Klasse zu erfragen oder zu diskutieren. Zum anderen gibt es kaum Gremien, in denen sie die Anliegen der Klasse vor den Lehrkräften oder der Leitungsebene vertreten könnten. In den Schulgremien sitzen sie nach eigenem Erleben in der Regel als „Alibi-Beisitzer“ ohne Stimm- und Rederecht. Eine Rückkoppelung der Inhalte solcher Konferenzen zu den MitschülerInnen kann dann zum Teil aus Datenschutzgründen nicht einmal stattfinden. Keiner der TeilnehmerInnen kann sich an eine Situation erinnern, in der es gelang, ein Anliegen der Klasse erfolgreich zu vertreten.

Mit dem Verfahren der Delegiertenwahl zeigen sich die Befragten durchgehend unzufrieden, da nie die Gesamtperspektive aller Betroffenen betrachtet und berücksichtigt werden kann. Theoretisch zwar als direkte Beteiligung angelegt, können nach Erfahrung der SchülerInnen die Delegierten die Belange der Klassen aus oben genannten Gründen wenig Erfolg versprechend vertreten. Darüber hinaus erhält in dieser Beteiligungsform ein nur geringer Teil der SchülerInnen Informationen über Zusammenhänge. Wenn Verfügungsstunden oder andere Beteiligungsformen innerhalb der Schule zugestanden werden, dann geschieht es erfahrungsgemäß aufgrund des Einsatzes einzelner engagierter

5.1

Ist-Stand-Analyse

LehrerInnen und ist kein konzeptioneller Bestandteil der Schule. Vorhandene Verfügungsstunden unterliegen bei Lehrkräftemangel als erstes der Streichung.

Auch VertrauenslehrerInnen als AnsprechpartnerInnen gibt es nicht, oder sie sind den teilnehmenden SchülerInnen nicht bekannt bzw. es besteht kein ausreichendes Vertrauensverhältnis zu ihnen. Speziell installierte Gremien für die Anliegen von SchülerInnen gibt es nach der Kenntnis der TeilnehmerInnen an ihren Schulen nicht. Es gibt LehrerInnengremien, in denen als Einzelvertreter SchülerInnenvertreter sitzen, denen es schwer fällt, ihre Meinung zu äußern, weil sie befürchten nicht ernst genommen zu werden oder sich ziemlich hilflos der Masse der hierarchisch übergeordneten Lehrkräfte gegenübersehen.

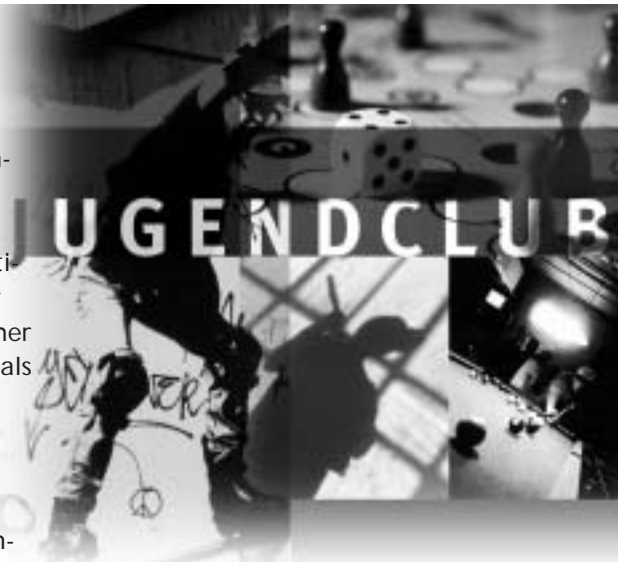
Einen weiteren durchgängig genannter Kritikpunkt stellt die nicht ausreichende Nutzung neuer Medien (Computer und Internet) innerhalb des Unterrichts dar. Das starke Interesse der SchülerInnen am Einsatz neuer Medien findet in der Schule keine Realisierung.

Erfahrungen mit Partizipation im Jugendclub

Für eine nicht geringe Anzahl der TeilnehmerInnen zeigt sich hier der einzige Ort außerhalb der Familie, an dem sie überhaupt Erfahrungen zum Thema Partizipation gemacht haben, und das nach unserer Bewertung auch nur in einer Form, die eher einem Zustimmungskarakter entspricht, als einer ernst gemeinten Partizipation. Die Jugendlichen beschreiben vereinzelt Mitsprache und Mitwirkung hinsichtlich der Auswahl der Angebotsstruktur oder der räumlichen Ausgestaltung. Beteiligen können und sollen sie sich in verschiedenen Clubs in Form von Arbeitseinsätzen, die in vielen Fällen in Inhalt und Ausgestaltung allein von MitarbeiterInnen bestimmt werden. Hier gehen die Vorstellungen von Jugendlichen und Erwachsenen vielfach auseinander, was das Engagement der NutzerInnen gering hält.

Konzeptionell festgeschrieben scheint die Beteiligung von NutzerInnen nicht zu sein oder dies wird von den Jugendlichen in der Umsetzung nicht erlebt. Aus ihrer Perspektive ist Beteiligung abhängig von der Bereitschaft zur Mitsprache, Mitwirkung und Mitbestimmung der tätigen pädagogischen MitarbeiterInnen vor Ort. Entsprechend unterschiedlich werden die Partizipationsmöglichkeiten in den verschiedenen Clubs auch erlebt.

In nur wenigen Clubs beschreiben die TeilnehmerInnen regelmäßig tagende Clubräte, die dann aber als eine erfolgreiche Partizipationsform erlebt werden. Ob Clubräte



wirkungsvoll sein können, hängt ab von der Bereitschaft der MitarbeiterInnen, Einfluss zu gewähren und Planungsprozesse transparent zu gestalten. In der Regel geht es ausschließlich um eine Interessenabfrage der NutzerInnen, nicht aber um den Prozess der Umsetzung oder um Entscheidungsbefugnisse.

Andere Partizipationsformen wie beispielsweise Umfragen, die die Gesamtheit der NutzerInnen einbeziehen, werden nicht genannt. Es gibt teilweise Infowände, an denen die Möglichkeit besteht eigene Wünsche oder Vorlieben einzutragen. Dies beschränkt sich in der Regel aber auf die Freizeitangebote der Einrichtung.

Eine Ausnahme bildet ein Club, in dem mehrmals im Jahr eine Zukunftswerkstatt stattfindet, die es den NutzerInnen und den MitarbeiterInnen ermöglicht, Interessen, Wünsche und auch Konflikte zu bearbeiten und die mittelfristige Planung des Clubs gemeinsam zu entwerfen. Hier erleben die Jugendlichen in wirkungsvoller Weise, dass sie an der Gestaltung nicht nur mitwirken,

5.1

Ist-Stand-Analyse

sondern auch mitbestimmen dürfen. Die genutzte Methode einer Zukunftswerkstatt wird als sehr fruchtbar und praktikabel erlebt. In diesem Club zeigt sich eine auffällig höhere Zufriedenheit der NutzerInnen mit dem Angebot, was im Erleben der Jugendlichen einen direkten Zusammenhang mit der Möglichkeit zur Beteiligung und Mitbestimmung hat.

Inhaltlich-strukturelle Anliegen unterliegen den MitarbeiterInnen und der Leitung. Über personelle und finanzielle Ausstattungen, die den Jugendlichen nicht transparent sind, oder aufgestellte Verhaltensregeln erhalten die Jugendlichen keine Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Auch im Bereich der offenen Jugendarbeit wird das Problem der Überalterung und der fehlenden Kompetenz von MitarbeiterInnen angesprochen.

Ein in jeder Runde diskutiertes Thema sind die Öffnungszeiten der Clubs, die sich weder an der Zeitkapazität der Jugendlichen noch an deren Bedürfnissen orientieren. Hier bekommen Jugendliche keinerlei Einfluss.



Erfahrungen mit Partizipation in der Politik

Durchweg negative Erfahrungen werden im Bereich der politischen Mitsprache und Mitwirkung im kommunalen Raum gemacht. Hier ist es schwer, Zugang zu erhalten, da weder ausreichend Informationen über Zusammenhänge noch eine Transparenz von Strukturen und Formalwegen vorliegt. Insbesondere bei den SchülerInnen besteht Interesse an politischer Bildung, wird aber nur in sehr geringem Umfang überhaupt als Wissen aufgenommen, weil es in der Schule und auch in politischen Gremien gemessen am Vorwissen von Jugendlichen zu unübersichtlich vermittelt wird.

Wenn die TeilnehmerInnen sich im lokalpolitischen Bereich engagieren, ist ihre Erfahrung, dass sie nicht ernst genommen werden und keine Umsetzung der entwickelten Ideen erlebt wird. Darüber hinaus ist ihre Meinung innerhalb der politischen Gremien nach Empfinden der Jugendlichen nicht gefragt und inhaltlich nicht von Interesse. Eine Lobbyarbeit für jugendbetreffende Anliegen finden die TeilnehmerInnen nur selten.

Das in Bitterfeld existierende Jugendparlament ist unter den TeilnehmerInnen dieser Region nur einem Jugendlichen überhaupt bekannt. Nach Aussage einer pädagogischen Mitarbeiterin fungierte in der Vergangenheit ein Nutzer des Clubs als jugendparlamentarischer Vertreter. Nach Beendigung der Wahlperiode konnte eine neue Vertretung nicht gewonnen werden.

Eine als positiv und unkompliziert bewertete Möglichkeit, sich öffentlich auszutauschen und über die unterschiedlichsten Themen zu diskutieren, ist das Internet. Hier können Jugendliche, sofern sie über einen Internetzugang verfügen, an Diskussionen teilnehmen. Erfahrungen werden hier aufgrund fehlender technischer Voraussetzungen aber kaum gemacht.

Parteilpolitische Gremien werden als Interessenvertretung gar nicht in Betracht gezogen, was die TeilnehmerInnen auch auf die

Jugendorganisationen der einzelnen Parteien beziehen. In parteipolitischen Gremien befürchten die Jugendlichen, dass es häufig nicht um die politischen Inhalte geht, sondern um parteiinterne Interessen, was ihr Vertrauen in Parteien immens schmälert.

Insgesamt möchten die TeilnehmerInnen aber gerne auf Entscheidungen, insbesondere auf der kommunalen Ebene, Einfluss nehmen und ihre Meinung äußern. Nach ihrer Überzeugung käme es gerade im lokalen Bereich in geringerem Maße zu Fehlplanungen, würden Betroffene befragt werden.

Auf der Bundesebene ist eine Partizipation in Form von Wahlen aufgrund des Alters für die meisten TeilnehmerInnen noch nicht möglich. Aber auch wenn sie es bereits könnten, fühlen sich die Jugendlichen von den zur Verfügung stehenden Parteien in jugendspezifischen Interessen nicht angemessen vertreten. Die auch schon in der Shell-Studie festgestellte geringe parteipolitische Bindung zeigt sich auch in den hier befragten Gruppen. Klassische politische Institutionen, wie Parteien, Parlament oder Regierung sind Erwachsenengremien, die die Interessen der Jugendliche aus Sicht der teilnehmenden Mädchen und Jungen nicht vertreten. Trotz dieser Einstellung zeigen sie Interesse an unterschiedlichen politischen Themen, an deren Diskussion und Weiterentwicklung sie beteiligt werden wollen.



Erfahrungen mit Partizipation in der Familie

Ein ausgesprochen differierendes Bild zum Thema Partizipation zeichnen die TeilnehmerInnen von ihren Familien. Der größere Teil der Jugendlichen erhält in ihrer Familie Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten zumindest bei den sie direkt betreffenden Dingen. In diesen Familien gibt es Aushandlungsprozesse zwischen Kindern und Eltern. Genannt werden Themen wie z.B. Familienurlaube, Essen, Wohnungsanschaffungen etc. Für die Befragten, die in ihren Familien diesbezüglich positive Erfahrungen machen, ist es häufig der einzige Bereich, in dem sie von individueller Partizipation sprechen.

In anderen Familien gibt es nach Empfinden der Betroffenen selbst keine Partizipation. Nicht einmal bei sehr individuellen Anliegen können sie mitbestimmen, wie beispielsweise dem Kauf der eigenen Bekleidung.



Erfahrungen mit Partizipation in Vereinen, Kirchen und anderen Organisationen

Nur sehr wenige der Jugendlichen sind überhaupt Mitglieder in Vereinen. Die eigene Mitgliedschaft in anderen Organisationen oder kirchlichen Gruppen wird nur in einer der Klassen genannt. Insbesondere das Engagement im kirchlichen Bereich ist im Zusammenhang damit zu sehen, dass es sich bei dieser Schule um eine konfessionell gebundene Schule handelt. Innerhalb der kirchlichen Gruppen werden positive Erfahrungen gesammelt. Die befragten Jugendlichen befinden sich in diesem Rahmen allerdings auch in gruppenleitenden Positionen.

Innerhalb der Vereine bestehen hinsichtlich der Organisation oder des Inhaltes keinerlei Partizipationsmöglichkeiten. Ausschließlich bei veranstalteten Festen dürfen jugendliche Vereinsmitglieder in einem engen Rahmen mitgestalten.

Die von den Jugendlichen erarbeiteten Wünsche zur eigenen Partizipation lassen sich wie bereits in der Ist-Stand-Analyse in Themengruppen zusammenfassen. Insbesondere genannt sind die Themen Schule, Club und der politische Raum (Reihenfolge entsprechend der Wertigkeit für die TeilnehmerInnen).



Partizipation in der Schule

Ein auf unterschiedlichen Ebenen genannter Wunsch, insbesondere der SchülerInnen, ist eine Differenzierung innerhalb des Schulwesens. Dieses wird inhaltlich bezogen auf die Unterrichtsgestaltung, die Bewertung von Leistungen und die leistungs- bzw. interessen- geleitete Förderung von SchülerInnen.

Die **Unterrichtsform und -gestaltung** soll inhaltlich und auch didaktisch-methodisch individueller auf die Fähigkeiten der einzelnen SchülerInnen, auf Gruppenprozesse und auf das jeweilige Fach abgestimmt werden. Je nach Schulfach und dessen inhaltlichen Themen sollen unter Einbeziehung der Jugendlichen die methodisch-didaktischen Unterrichtsformen der Lehrkräfte ausgewählt werden. Gewünscht wird ein größerer Praxisanteil, insbesondere



in den naturwissenschaftlichen Fächern. Damit könnte der Unterricht interessanter gestaltet werden, die Jugendlichen würden sich vermehrt einbringen und das Lernen würde nach Meinung der TeilnehmerInnen erleichtert werden. Ein breiterer Einsatz von Computern und die Nutzung des Internets als einen Teil des Unterrichts werden vorgeschlagen. In geisteswissenschaftlichen Fächern wünschen sich die jungen Menschen vermehrt die Möglichkeit zu Diskussionen, um sich Themen anzueignen, Diskussionsfähigkeit zu erlernen und in einem eigenen Meinungsbildungsprozess gefördert zu werden. Darüber hinaus soll es ver-

mehrt zur Gruppenarbeit kommen. Hier erhoffen sie sich eine gegenseitige Bereicherung, das Einüben demokratischer Gruppenprozesse und die Möglichkeit zur Förderung von selbständigen Arbeitsweisen. Auch ein vermehrt prozessorientiertes Lernen, um sich Themen selbständiger zu erschließen, wie beispielsweise Workshops, sind gewünschte Methoden, die den sonst methodisch eintönigen Unterricht bereichern könnten.

Durch das Verfahren der Leistungseinteilung in A und B Kursen in den Sekundarschulen fühlen sich die Jugendlichen wenig unterstützt. Diese Form soll nach Wunsch der SchülerInnen durch einen differenzierteren Unterricht im bestehenden Klassenverband ersetzt werden. Für lernschwache SchülerInnen soll es darüber hinaus vermehrt Förderunterricht geben.

Eine Arbeitsgruppe entwirft die Idee, alle Fächer im musischen, künstlerischen und sportlichen Bereich aus der Benotung herauszunehmen, um hier Raum zu schaffen, befreit vom Leistungsdruck, Neigungen und Fähigkeiten zu entdecken und auszubauen.

In der **Bewertung der Leistungen von SchülerInnen** möchten Betroffene mehr Transparenz erhalten und beteiligt werden. Hier geht es den TeilnehmerInnen nicht um die Bewertung einzelner SchülerInnen, sondern um eine Diskussion der zur Bewertung herangezogenen Kriterien. Genannt werden prozentuale Anteile von schriftlichen und mündlichen Leistungen, Referate und Hausarbeiten, die Hierarchie von Haupt- und Nebenfächern ebenso, wie die Bewertung der musischen oder sportlichen Bereiche. Ein anderer Wunsch im Bereich der Beurteilung ist die Bewertung der von den

Lehrkräften erbrachten Leistungen. Jugendliche wollen die Gelegenheit erhalten, auch den LehrerInnen ein Feedback ihrer Lehrmethode zu geben. So kann für LehrerInnen und die Leitungsebene eine Reflexion des bisherigen Unterrichts und auch eine Weiterentwicklung ermöglicht werden.

In der **Auswahl der Schulfächer**, insbesondere der Pflicht- und Wahlfächer, sollen SchülerInnen differenzierter betrachtet werden. Mit einer Differenzierung der Fähigkeiten und Defizite, können SchülerInnen individueller unterrichtet werden, um weder Über- noch Unterforderung zu verursachen. Derzeit wird eine Altersstufe als Klasse betrachtet, in der jedem Jugendlichen die gleiche Förderung zukommt. Da der Unterricht in seiner Vermittlungsform für die gesamte Klasse dargeboten wird, können lernschwache SchülerInnen nicht entsprechend ihrer Defizite unterstützt, leistungsstarke SchülerInnen nicht entsprechend ihrer Fähigkeiten gefördert werden. Nach Wunsch der TeilnehmerInnen müssen SchülerInnen verstärkt darin unterstützt werden, eigene Fähigkeiten und Interessen auszubauen. Hier wird ein größeres Wahlrecht gefordert. Nach der Vermittlung des Basiswissens wünschen sich die TeilnehmerInnen eine Auffächerung in individuell ausgewählten Leistungsfächern. Insbesondere in den Abschlussjahrgängen erhoffen sich die Jugendlichen eine adäquatere und spezialisiertere Vorbereitung für eine anschließende Ausbildung oder ein Studium. Die Schulzeit soll somit gebündelt werden für eine Spezialisierung und gleichzeitig die SchülerInnen frühzeitig von den Fächern befreien, an denen weniger Interesse besteht oder in denen große Defizite vorhanden sind.

Auf der Ebene der Lernatmosphäre erarbeiten die Jugendlichen auch Wünsche zur Veränderung. Sie erleben die Atmosphäre ihrer Schulen eher lernfeindlich, nicht zum Lernen motivierend, da die Gegebenheiten häufig den Grundbedürfnissen der Jugendlichen entgegenstehen.

Ein Anteil der Veränderungswünsche bezieht sich auf die Verteilung der Stunden im Tagesverlauf, die zum Teil konträr zum Biorhythmus des Körpers steht. In der Mittagszeit wünschen sich die Jugendlichen eine ausreichend lange Pause, um essen und sich angemessen erholen zu können. Hier soll Energie gesammelt werden, um dann am Nachmittag effektiver Arbeiten zu können. Stundenpläne sollen so gestaltet werden, dass sich stark leistungsorientierte Fächer (mit hohem Konzentrationsbedarf) und eher künstlerische und sportliche Fächer durchmischen, um die Konzentration über den Gesamttag besser aufrecht erhalten zu können.

Bei der **Gestaltung der Unterrichts- und Freizeiträume** innerhalb der Schule wollen SchülerInnen ebenfalls mitgestalten und mitbestimmen können, um sich selber Räume zu schaffen, die sich an den Bedürfnissen der SchülerInnen orientieren. Eine gemütlichere und wärmere Atmosphäre ist ein großes Bedürfnis der Jugendlichen. Den Aufenthalt in einer angenehmen Umgebung zu gestalten, hat nach Meinung der TeilnehmerInnen einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Motivation zum Schulbesuch und die Kreativität. Auch die Einnahmen von kleinen Speisen und Getränken innerhalb der Unterrichtszeit (beispielsweise innerhalb von Gruppenarbeitsprozessen) würde die Atmosphäre positiv beeinflussen.

Insgesamt wird die räumliche Ausstattung und die bauliche Substanz vieler Schulen stark bemängelt. Sie bieten weder die Möglichkeit einen angemessenen Unterricht durchzuführen (wie z.B. eine angemessene mediale Ausstattung) noch bieten sie zum Teil das Notwendigste (wie funktionierende Toiletten, regenfestes Dach). Die Jugendlichen wünschen sich hier eine bessere finanzielle Ausstattung um ihre Schulen in einen ausreichend guten Zustand zu versetzen.

Um den **Übergang von der Schule zur Ausbildung** von Seiten der Schule zu erleichtern, fordern die TeilnehmerInnen eine bessere Kooperation zwischen den Schulen und dem Arbeitsamt. Informationen über Ausbildungsberufe, die Vermittlung von Praktikumsplätzen oder gar Ausbildungsplätzen durch MitarbeiterInnen des Arbeitsamtes sollen Bestandteil des Unterrichts in den Abschlussklassen werden.

5.2

Wünsche und Ideen zur Partizipation

Partizipation im Jugendclub

Die Wünsche der Jugendlichen beziehen sich besonders auf die Ausgestaltung der in den Clubs gemachten Freizeitangebote, die räumliche Ausstattung, die Beurteilung der MitarbeiterInnen und die finanziellen Ressourcen der Clubs.

Insbesondere in den Clubs, in denen es weder Clubrat noch andere Formen der Partizipation gibt, wünschen sich die NutzerInnen mitbestimmen zu können, welche **Freizeitangebote** die Clubs für die Jugendlichen vorhalten. Die Angebote unterliegen nach Beschreibung der Jugendlichen häufig den Vorstellungen der dortigen MitarbeiterInnen oder den vorhandenen Rahmenbedingungen (Kontakte zu Vereinen etc.). Hier gibt es nach ihrem Empfinden insbesondere Angebote für jüngere NutzerInnen, weniger aber für ältere Jugendliche. Sie wünschen sich auf die unterschiedlichen NutzerInnengruppen abgestimmte flexible Angebote, wobei es nötig ist, die NutzerInnen auch nach ihren Wünschen und Erwartungen zu befragen.

Deutlich wird an den Wünschen der NutzerInnen ein Unterschied zwischen städtischen Clubs und denen im ländlichen Bereich. In den ländlichen Bereichen wünschen sich Jugendliche insgesamt eine bessere finanzielle Ausstattung, um Angebote überhaupt realisieren zu können. In den ehrenamtlich geleiteten und unterstützten Clubs brauchen die dort Tätigen eine bessere kommunale Unterstützung, um eine adäquate Jugendarbeit leisten zu können.



Bei der **räumlichen Ausstattung und der Ausstattung des Außengeländes** gibt es die meisten Mitgestaltungsmöglichkeiten, initiiert durch die MitarbeiterInnen (in Form von Arbeitseinsätzen), die aber nicht immer als ernst gemeinte Partizipation zu bezeichnen sind. Hier wünschen sich Jugendliche, bei der Bestimmung der Notwendigkeiten und auch bei der dann realisierten Umsetzung mit den MitarbeiterInnen in Verhandlung treten zu können. In einem Club halten die Jugendlichen die ihnen gebotene Ausstattung des Clubs für zu kostspielig und wünschen sich stattdessen Gegenstände, die zum Gebrauch einladen. Deutlich wird an den Aussagen, für wie wichtig es Jugendliche halten, dass die NutzerInnen eines Jugendclubs mitentscheiden können, wofür die finanziellen Ressourcen, über die die Clubs verfügen, verteilt werden, welche Anschaffungen getätigt werden und für welche Freizeitangebote Gelder freigesetzt werden sollen. Die Prioritäten dafür sollen in Abstimmung mit den Jugendlichen gesetzt werden.

Die **personelle Ausstattung** der Clubs ist nach Berichten der TeilnehmerInnen stark geprägt von ABM- und SAM-Stellen, also zeitlich befristeten Arbeitsverträge. Wenn Anträge zur Verlängerung solcher Maßnahmen gestellt werden, wollen die NutzerInnen gefragt werden. Häufig werden Stellen verlängert, an denen die Jugendlichen kein Interesse haben, und andere laufen aus, mit denen wiederum die Jugendlichen die Arbeit des Clubs bereichert empfinden. Jugendliche in den Clubs äußern auch den Wunsch, bei der Einstellung von MitarbeiterInnen beteiligt zu werden.

Politische Partizipation



Für den politischen Bereich wurde von der Moderation häufig der Vorschlag gemacht, das Hauptaugenmerk auf die kommunale Ebene zu lenken, um für die Jugendlichen einen möglichst konkreten Bezug herstellen zu können. Die in den Workshops genannten Themenfelder für eine notwendige Partizipation waren: Polizei (mit dem Bestreben nach mehr Sicherheit), städtische Jugendfreizeitangebote und die zwischenmenschlichen Umgangsweisen der Generationen.

Sehr deutlich wird im Bereich der politischen Mitbestimmung die Unzufriedenheit

der Jugendlichen mit **parlamentarischen Strukturen**, die nach ihren Erfahrungen nur eine indirekte (an vielen Stellen aufgrund des noch nicht erreichten Wahlalters nicht einmal diese) Beteiligung zulassen.

In allen Workshops wird deutlich, wie wenig Jugendliche ihre Interessen durch die bestehenden Parteien vertreten fühlen. Diese Aussagen decken sich mit der breit angelegten Untersuchung, die START 2001 in den Standorten Halle, Sangerhausen und Wernigerode durchführte. Die dabei befragten fast 2000 Jugendlichen nannten keine parteipolitische Bindung. Entsprechend dieser Tendenz wird von den Jugendlichen das in Sachsen-Anhalt herabgesetzte Wahlalter für Kommunalwahlen nicht als eine Verbesserung für eine Partizipation von Jugendlichen thematisiert. Dabei scheinen für die Jugendlichen auch die jugendpolitischen Gremien der Parteien keine Alternative zur Erwachsenenpolitik darzustellen.

Viele der teilnehmenden Jugendlichen haben den Wunsch eine **Abstimmungsform** zu finden, die es ihnen ermöglicht, an politischen Diskussionen teilzunehmen und damit einen Hintergrund zur eigenen Meinungsbildung zu erhalten. Sie wünschen sich auch Partizipationsformen, die der Gesamtbevölkerung, unabhängig von Parteizugehörigkeiten, eine Mitsprache ermöglichen. Gerade bei Themen, die die Allgemeinheit betreffen, werden ihrer Auffassung nach Entscheidungen mittels delegierter Politiker nicht angemessen getroffen. Hier möchten auch Jugendliche als ein Teil der Gesamtbevölkerung mitbestimmen können, gerade weil sie als nachwachsende Generation zum Teil die Folgen für solche Entscheidungen tragen müssen. Für die Allgemeinheit betreffende Fragestellungen sollen nach Wunsch der Jugendlichen Volksbefragungen stattfinden. Diese würden allen BürgerInnen, unabhängig von Parteien, eine Mitentscheidung ermöglichen und zu einem Volksentscheid führen können (mehrfach genannte Themen für ein solches Verfahren sind: Euroeinführung, Militäreinsätze der

Bundeswehr in Krisengebieten, innere Sicherheit, Drogenpolitik, Gesetzesänderungen etc.). Insbesondere bei Gesetzen, die Jugend betreffende Themen behandeln, wollen Jugendlichen auch über ein Stimmrecht verfügen.

Insgesamt fühlen sich Jugendliche nicht umfänglich und nicht ausreichend objektiv über politische Belange informiert. Darüber hinaus ist aus Sicht der TeilnehmerInnen die Aufbereitung solcher politischen Informationen nicht jugendgemäß und es fehlt die Transparenz von Zusammenhängen und das Hintergrundwissen. Öffentliche politische Informationen sind nicht nur für Jugendliche, sondern sogar für Erwachsene zum Teil schwer nachvollziehbar. Diese Kritik beziehen die Jugendlichen sowohl auf die Kommunal- als auch auf die Bundesebene.

Nach den Beschreibungen der meisten Jugendlichen erhalten sie ihre Hauptinformation über die Medien Fernsehen und Radio, was nach eigener Einschätzung vom Bildungswert aber nicht ausreichend umfänglich und objektiv ist. Die Berichterstattung wird von einigen Jugendlichen als stark tendenziös erlebt, bzw. es werden nicht genügend unterschiedliche Meinungsbilder und Sichtweisen dargestellt. Erwachsene Diskussionspartner finden Jugendliche häufig nicht. Es zeigen sich wenig Unterschiede im Elternhaus, in der Schule, in den Ausbildungsbetrieben oder in den Freizeiteinrichtungen. Hier wünschen sich viele der TeilnehmerInnen ein ernst gemeintes Interesse von Erwachsenen an einer Auseinandersetzung mit ihrer Altersgruppe und den sie betreffenden Themen.

Gerade auf der lokalpolitischen Ebene erwarten die TeilnehmerInnen vermehrt Informationen und Transparenz der Entscheidungs-

wege, was Stadtplanung, Kultur und Investitionen angeht. Der kulturelle Bereich soll breiter für Jugendliche ausgebaut werden. Die vorhandenen Freizeitmöglichkeiten sind nicht ausreichend oder von kommerziellen Anbietern besetzt, also aus finanziellen Gründen nur begrenzt erreichbar. Um eine effektive Auslastung der Angebote zu garantieren, möchten Jugendliche auch hier mitbestimmen sowie bei der inhaltlichen Auswahl mitwirken oder beraten können.

Bei der **Verteilung der finanziellen Mittel der einzelnen Kommunen** soll es eine größere Lobby für die Interessen von Kindern und Jugendlichen geben. Es fließen nach Meinung der TeilnehmerInnen nicht ausreichend Mittel in ihre Erziehung und Bildung. Wenn dort Notwendigkeiten ausgewählt und beschrieben werden, sollen Betroffene dazu angehört werden und mitreden können.

Eng verbunden mit der Nutzung eines Freizeitangebotes ist für Jugendlichen im ländlichen Bereich die **öffentliche Verkehrsanbindung**. Da es auf den Dörfern wenig Angebote und auch nicht überall Jugendclubs gibt, sind Jugendliche oftmals darauf angewiesen, in die nahegelegenen Städte zu fahren. Wenn die Angebote im ländlichen Bereich nicht vergrößert werden, wünschen sich Jugendliche besser ausgebaute Verkehrsmittel, die auch für Kinder und Jugendliche bezahlbar sind.

Könnten Jugendliche innerhalb der **Ausbildungs- und Arbeitsplatzpolitik** mitbestimmen, so würden sie vermehrt Ausbildungsplätze schaffen und bei der Besetzung von Arbeitsplätzen vorzugsweise junge Menschen einstellen. Den älteren Menschen sollen dafür Anreize gegeben werden, frühzeitiger in den Ruhestand zu gehen. Auch die Vertei-

lung in den Neuen und Alten Bundesländern empfinden die TeilnehmerInnen als ungleichgewichtig. Um die Abwanderung der jungen ArbeitnehmerInnen zu verhindern, müssen vermehrt Arbeitsplätze in den Neuen Bundesländern gefördert werden. Darüber hinaus soll es keine Unterschiede mehr zwischen dem Ost- und dem West-Einkommen geben.

Das den Familien zur Verfügung gestellte **Kindergeld** soll direkt an die Jugendlichen weitergegeben werden, um allen Jugendlichen, unabhängig von der finanziellen Ausstattung ihrer Eltern, ein vergleichbares Taschengeld zu ermöglichen. Die Abhängigkeit der Jugendlichen von ihren Eltern würde mit einem solchen Verfahren geschmälert und darüber hinaus ein Ausgleich sozialer Ungleichheit für die Jugendlichen stattfinden.

Der Status von Familien wurde hinsichtlich der staatlichen finanziellen Unterstützung diskutiert, was insbesondere von Jugendlichen aus sozial schwachen Familien eingebracht wurde. Könnten Jugendliche bei der Familienpolitik mitbestimmen, so wurden Familien finanziell für die Versorgung und Erziehung ihrer Kinder in einem höherem Maße Unterstützung erhalten. Auch in der Möglichkeit zur Schul- und Ausbildung muss es nach Meinung der TeilnehmerInnen Maßnahmen geben, die helfen soziale Ungleichheit abzubauen.

Das Thema **Drogen und Drogenprävention** wird in vielen Workshops thematisiert. Nach Wunsch der Jugendlichen soll der Drogenhandel viel stärker kontrolliert und reglementiert werden. Junge Menschen benötigen eine breitere Aufklärung und müssen besser geschützt werden.

Im letzten Arbeitsschritt der Workshops erarbeiteten die TeilnehmerInnen, welche Bedingungen erfüllt werden müssen, damit eine gelungene Beteiligung von jungen Menschen möglich werden kann. Die Ergebnisse werden im Folgendem wie in den vorhergehenden Abschnitten zusammenfassend dargestellt.



Damit Jugendliche an **politischen Themen** partizipieren können, müssen nach ihrer Auffassung Bedingungen geschaffen werden, die es den jungen Menschen erlauben, Informationen zu verschiedenen Themen zu erhalten und diese zu verarbeiten, um dann die eigene Meinung vertreten zu können. Die TeilnehmerInnen schildern sehr anschaulich, wie schwer es ihnen fällt, sich politisch zu engagieren, da sie zu vielen Themen keine feste Meinung besitzen. Sie suchen Erwachsene, die ihnen keine Meinung vorgeben, sondern sie darin unterstützen, eine eigene Meinung zu entwickeln. Darum wäre für die TeilnehmerInnen der Workshops eine Bedingung für eine gelungene politische Partizipation die Möglichkeit, mit kompetenten PartnerInnen über politische Inhalte zu diskutieren und als Grundlage dafür objektive Informationen zu erhalten.

Eine entwickelte Idee, ist die Schaffung von **Informationszentren**, die von unterschiedlichen politisch geprägten Anbietern gespeist werden. Sie sollen an Plätzen errichtet werden, an denen sich alle interessierten Jugendlichen ganz ungezwungen informieren können, wie beispielsweise in Supermärkten, Freizeiteinrichtungen oder Ähnlichem. Gewünscht wird also ein Zugang zur informellen politischen Bildung für jeden Interessierten ohne an Organisationen oder Parteien gebunden sein zu müssen.

Ein weiterer Entwurf sind **Jugendforen**, in denen Jugendliche für Jugendliche politische Themen aufbereiten. Hier können Informationsformen geschaffen werden, die für Gleichaltrige interessant, verständlich und attraktiv erscheinen. Darüber hinaus können Jugendliche bei Gleichaltrigen ohne Scheu nachfragen, wenn sie etwas nicht verstanden haben.

Eine weitere Idee ist die Gründung einer **Jugendpartei**, die ausschließlich die Belange von Kindern und Jugendlichen vertritt. Hier sollen sich Jugendliche für Jugendliche engagieren. Die Themen der Jugendpartei werden spezifisch aus der Perspektive dieser Interessengruppe erörtert.

Insgesamt wünschen sich die Jugendlichen ein **Mitbestimmungsrecht für die Gesamtbevölkerung**. Bei den delegierten PolitikerInnen sind viele Jugendliche misstrauisch, da bei Entscheidungen neben Sachbezügen immer auch parteiinterne Aspekte eine Rolle spielen, die nicht immer transparent sind. Bei Entscheidungen, die die Gesamtbevölkerung betreffen oder von hoher Wichtigkeit sind, fordern die Jugendlichen vermehrt Bürgerbefragungen und Volksentscheide. Als Bedingung dafür muss das Wahlalter für solche Befragungen und Entscheidungen mindestens auf 16 Jahre herabgesenkt werden. Zumindest bei Fragen, die die eigene Lebenssituation der Jugendlichen direkt betreffen, ist es notwendig, ein Votum dieser Altersgruppe als Experten ihrer Sache einzuholen.

Auf der kommunalpolitischen Ebene schlagen Jugendliche vor, dass sich politische EntscheidungsträgerInnen **anderen Arbeitsmethoden** wie z.B. Workshops oder Zukunftswerkstätten öffnen. Hier

könnten unterschiedliche Parteien mit BürgerInnen, Jugendlichen und anderen Interessengruppen zusammentreffen und verschiedene Impulse in die Arbeit und die Entscheidungen der verantwortlichen PolitikerInnen einfließen.

Darüber hinaus wünschen sich Jugendliche von den örtlich tätigen PolitikerInnen eine **größere Bürgernähe**. Politiker müssen vermehrt in die Bereiche gehen, über die sie Entscheidungen treffen. Sie sollen zur Erfassung jugendspezifischer Belange beispielsweise Schulen, Jugendclubs oder andere Einrichtungen besuchen, um sich ein realistisches Bild der Praxis verschaffen zu können. Viele Entscheidungen der PolitikerInnen gehen aus Sicht der Jugendlichen an der Realität vorbei, weil EntscheidungsträgerInnen die Praxis in ihren Berufsalltag nicht integrieren oder sich ausschließlich auf Statistiken beziehen.

Ein Aufruf an Jugendliche, sich mit ihren Ideen zu beteiligen, könnte über Medien (TV, Werbeplakate oder Internet) stattfinden. Bedingung wäre dabei, auch mit ihren Ideen angehört zu werden und eine ernst gemeinte Möglichkeit zu erhalten, sich einzubringen. Ein gegenseitiger Respekt ist ebenso Bedingung, um sich gegenseitig bereichern zu können. Als Voraussetzung für einen gemeinsamen Workshop muss es Regeln geben, die von einer moderierenden Person verfolgt werden, um Strukturen zu schaffen, die es ermöglichen, sich gegenseitig zuzuhören und alle Meinungen gleichermaßen gelten zu lassen.

Auch das Thema Partizipation in der **Schule** wurde in unterschiedlichen Aspekten weiterverfolgt. Die Gruppen spezialisierten sich auf verschiedene Themen-

schwerpunkte, um zu einer konkreteren Umsetzung zu gelangen.



Zur **Unterrichtsgestaltung** ergibt sich ein hoher Bedarf an inhaltlicher Auseinandersetzung mit den Lehrkräften. SchülerInnen fordern eine Auseinandersetzung auf einer partnerschaftlicheren Ebene, in der es atmosphärisch möglich wird, Fragen zu stellen und kritische Anmerkungen zu wagen.

In der Schule muss es nach Auffassung der TeilnehmerInnen dringend eine andere Form des Lehrens geben. Ein effektiveres und angenehmeres Lernklima für SchülerInnen und LehrerInnen erhoffen sich die TeilnehmerInnen dadurch, dass der Unterricht nicht so stark reglementiert und hierarchisch strukturiert bleibt, sondern Toleranz und Akzeptanz aller Beteiligten einen Schwerpunkt des Miteinanders darstellen. Die Rolle von Jugendlichen muss sich in der Perspektive der Lehrkräfte von Objekten zu Subjekten verändern.

Inhaltlich fordern SchülerInnen vermehrt eigenverantwortlich Themen erarbeiten zu können. Dieses soll auch zu Teilen in Form von Gruppenarbeit erfolgen, die von den Lehrkräften angeleitet und im Prozess begleitet wird.

Die **Klassenraumgestaltung** trägt nach Meinung der Jugendlichen einen Teil zur Lernatmosphäre bei. Sinnvoll ist es, die Tischordnung flexibel an die Methodik des Unterrichts anzupassen. Wird diskutiert, sind Stuhlkreise sinnvoller als in eine Blickrichtung gestellte Einzeltische, bei Gruppenarbeiten sollen Tischgruppen gebildet werden.

Auch **Pausenräume** müssen durch die SchülerInnen mitgestaltet werden. Kinder und Jugendliche sollen nach eigenen Vorstellungen Räume schaffen können, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Die in den Schulen stark verbreitete Zerstörung von Schuleigentum würde sich nach Überzeugung der TeilnehmerInnen als Nebeneffekt damit gleichfalls verringern.

Ein weiterer Schwerpunkt der Gruppenarbeit beschäftigt sich mit der periodischen Ballung von **Klassenarbeiten** vor Ferien und Zeugnisvergaben. Hier wäre es notwendig, dass LehrerInnen untereinander und mit den SchülerInnen abstimmen, wie die Klassenarbeiten über das Schuljahr verteilt werden, damit es nicht zu einer Ballung kommt und die SchülerInnen ausreichend Zeit erhalten, sich auf alle Fächer gleichermaßen vorzubereiten. LehrerInnen sollen dabei die Perspektive nicht nur auf das Fach richten, das sie selber unterrichten, sondern auch auf den Gesamtzusammenhang einer Klasse. Ein Austausch unter den Lehrkräften, die eine Klasse unterrichten, wäre ein wichtiger Anfang dafür.

Die grundsätzliche Voraussetzung für eine gelungene Partizipation von SchülerInnen in einer Schule ist eine Auseinandersetzung zwischen SchülerInnen, Lehrkräften und Schulleitung.

Bei den Lehrkräften wäre ein Umdenken und die Aneignung weiterer Lehr- und Lernmethoden eine wesentliche Bedingung. Um in den Austausch mit SchülerInnen zu gelangen sind eine grundsätzliche Kritikfähigkeit und der Wille zur Veränderung Grundvoraussetzungen.

Ein erfolgversprechender Anfang könnte

eine Befragung der vorhandenen SchülerInnen sein, um zunächst die Schwerpunkte ihrer Wünsche zu ermitteln. Dabei sollen alle SchülerInnen die Möglichkeit erhalten, anonym ihre Einschätzungen und Veränderungswünsche zu äußern.

Innerhalb der Schule wünschen sich Jugendliche Erwachsene als **AnsprechpartnerInnen**. Angedacht sind hier VertreterInnen aus der Lehrerschaft, die von den SchülerInnen als VertrauenslehrerInnen gewählt werden. Sie könnten die Jugendlichen darin unterstützen, ihre Belange zu vertreten, und darüber hinaus eine vermittelnde Rolle übernehmen.

Eine weitere Maßnahme, um in den Austausch zu gelangen, wäre die **Einbeziehung der Eltern**. Eltern könnten sich je nach ihren Fähigkeiten und ihrem Wissenshintergrund in die Schul- und Unterrichtsgestaltung einbringen. Somit kämen Lehrkräfte vermehrt mit den Familien der SchülerInnen in Kontakt und Eltern hätten aufgrund des so vermittelten Eindrucks von der Schule ein anderes Verständnis für die Anliegen ihrer Kinder.

Das Thema Partizipation in **Jugendfreizeiteinrichtungen** wurde in einer Arbeitsgruppe weiter verfolgt. Die meisten Veränderungswünsche wären nach Überzeugung der Jugendlichen in Aushandlungsprozessen zwischen NutzerInnen und MitarbeiterInnen leicht zu realisieren.

Eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Schwierigkeit von **Freizeitfahrten** ihres ehrenamtlich geleiteten Clubs beschäftigte, erarbeitete die Idee von Freizeitfahrzeugen im kommunalen Besitz. Diese Busse sollen auf Antrag der verschiedenen Jugendfreizeit-



einrichtungen kostenlos verliehen werden, um Freizeitfahrten durch die Clubs organisieren zu können. Damit wären die Jugendlichen nicht mehr darauf angewiesen ehrenamtliche Mitglieder zu gewinnen, die bereit sind auf eigene Kosten Jugendliche zu transportieren. Gleichfalls reichen damit nur wenige Fahrzeuge aus, alle kommunalen Jugendclubs zu versorgen.



Dem Thema Partizipation in der **Familie** hat sich eine Arbeitsgruppe angenommen.

Um Partizipation von Kindern und Jugendlichen in den Familien sicherzustellen muss nach Ansicht der TeilnehmerInnen eine Möglichkeit gefunden werden, die Kommunikation und Auseinandersetzung zwischen Kindern und Eltern zu sichern. Hierzu gibt es die Idee, einen Familientag fest zu installieren, an dem alle Mitglieder einer Familie teilnehmen. In dieser Runde gibt es für alle die Möglichkeit, ihre Wünsche und Anliegen der vergangenen Zeit anzusprechen. Über die Familien betreffende Entscheidungen wird in dieser Runde abgestimmt, wobei alle Mitglieder angehört werden müssen. Auch die Aufgaben des Zusammenlebens können hier besprochen und verteilt werden. Voraussetzung für eine gelungene Kommunikation und Auseinandersetzung ist ein nicht hierarchisch asymmetrisches Verhältnis von Kindern und Erwachsenen. Jedes Mitglied der Familie soll sich nach eigenen (altersgemäßen) Möglichkeiten einbringen können. Jede eingebrachte Idee muss gleichermaßen besprochen werden.



Schon einmal vorab die wichtige Nachricht: Partizipation kostet in den meisten Fällen nicht mehr Geld, sondern benötigt eine bewußte Entscheidung und die Bereitschaft Kinder und Jugendliche an Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen.

Bei allen an den Workshops teilnehmenden Jugendlichen wird eine grundsätzliche Bereitschaft zur Partizipation deutlich. Ein hohes Interesse gibt es insbesondere an den Bereichen, die die TeilnehmerInnen in ihren derzeitigen und mittelfristig geplanten Lebenszusammenhängen betreffen. Wie groß das Interesse zu partizipieren und wie groß die Lust sich zu engagieren ist, hängt nach der Einschätzung der Untersuchenden maßgeblich davon ab, welche Erfahrungen die Jugendlichen bisher mit Teilhabe sammeln konnten. Je mehr Erfahrungen bestehen und je positiver sie empfunden wurden, desto kreativer und selbständiger zeigt sich die Mitarbeit der TeilnehmerInnen in den Workshops. Ein Hauptkriterium der Jugendlichen ist dabei der Wunsch mit ihrer jugendspezifischen Sicht ernst genommen zu werden und nicht der Erwartung gegenüberzustehen, ebenso agieren zu müssen, wie Erwachsene es tun. Jugendliche wollen nicht als noch unreife Erwachsene definiert und bewertet werden, sondern als Altersgruppe mit den ihnen eigenen Wünschen und Bedürfnissen. Sie wollen wahrgenommen werden als ExpertInnen ihrer eigenen Belange.

Die TeilnehmerInnen entwerfen in den neun Workshops nur wenig völlig neue Umsetzungswege oder Partizipationsformen, sondern weisen mit ihren Aussagen deutlich darauf hin, dass die Grundbedingung für Partizipation eine demokratische Struktur ist.

Die im Anschluss genannten Grundbedingungen müssen hiernach erfüllt sein, damit

Jugendliche ihr Misstrauen gegen eine „Alibi-mitwirkung“ ohne wirkliche Einflussnahme abbauen und eine gelungene Partizipation realisiert werden kann.

- Partizipation von Kindern und Jugendlichen muss von Erwachsenen gewollt und angestrebt sein. Der erste Schritt dafür muss in den Köpfen der Erwachsenen vollzogen werden. Hierfür muss es insbesondere von Entscheidungsträgern und den vor Ort tätigen pädagogischen MitarbeiterInnen eine bewusste Entscheidung dafür geben, Gestaltungs- und Entscheidungsmacht mit Jugendlichen zu teilen.
- Partizipation zeigt sich als eine Frage von Kulturentwicklung, die aus Sicht der Jugendlichen direkt verknüpft ist mit einer partnerschaftlichen Beziehung zwischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Sie ist nur in einem langwierigen Prozess und mit der Bereitschaft zum Umdenken von Erwachsenen zu realisieren. Innerhalb dieses Prozesses muss ein demokratisches Miteinander immer wieder eingeübt werden. Junge Menschen müssen in ihrer Entwicklung kontinuierliche Erfahrungen mit unterschiedlichen Formen der Partizipation machen können. Dabei ist darauf zu achten, dass die angewandten Formen nicht von Erwachsenen vorgegeben, sondern mit allen am Prozess Beteiligten ausgehandelt werden.
- Grundbedingung für die Verständigung von Erwachsenen und Jugendlichen ist der Austausch und damit verbunden das Erfragen der unterschiedlichen Belange. Es darf nicht nur über Jugendliche, sondern es muss mit ihnen gesprochen werden. Aber wer nach der Meinung fragt, muss sich auch damit auseinandersetzen, wenn er

ungeliebte Antworten erhält. Partizipationskultur braucht also eine angelegte und strukturell verankerte Kooperation. Das Vorhandensein von Kritikfähigkeit ist eine wesentliche Voraussetzung dafür.

- Jugendliche brauchen klar definierte AnsprechpartnerInnen, sowohl für ihre Belange als auch für die sich daraus entwickelnden Ideen. Diese Personen müssen, ohne große Hemmschwellen überschreiten zu müssen, erreichbar sein und sich dadurch auszeichnen, dass sie parteiisch die Interessen von Jugendlichen vertreten. Hier wünschen sich Jugendliche ausschließlich Unterstützung, nicht aber das Abnehmen von Mitwirkung oder Verantwortung. Das Verfahren der indirekten Partizipation über eine Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche muss an vielen Stellen in seiner Effizienz kritisch überprüft werden.
- Für eine gelungene Partizipation muss es im Planungsprozess Ergebnisoffenheit geben, und damit verbunden die Bereitschaft von Erwachsenen und auch Jugendlichen, die bereits vorgefertigten Ideen zu novellieren und Kompromisse zu finden, die die differenzierten Bedürfnisse verschiedener Betroffener vereint.
- Transparenz muss von Beginn an darüber herrschen, auf welcher Ebene eine Partizipation stattfindet (Mitsprache, Mitwirkung oder Mitbestimmung). Nichts wirkt demotivierender auf Jugendliche als eine „Scheinpartizipation“, die Jugendlichen das Gefühl gibt, nicht ernst genommen zu werden.
- Auch innerhalb der Planungs- und Entscheidungsprozesse muss es für alle am Prozess Beteiligten eine Transparenz über strukturelle Bedingungen, über Abläufe und Entscheidungskriterien geben. Deutlich muss für alle sein, was aus den selber eingebrachten Impulsen im Prozess wird bzw. warum und wie eigene Ideen weiterentwickelt oder verworfen werden. Partizipationsergebnisse müssen Eingang in die realen Planungs- und Umsetzungsprozesse erhalten. Die Umsetzung muss rückgekoppelt werden an alle Mitwirkenden.
- Partizipation auf dem derzeit erlebten Erfahrungshintergrund von Jugendlichen als auch Erwachsenen braucht eine Prozessmoderation. Diese muss die Fähigkeit haben, ohne Bevormundung, subjektorientiert mit den Beteiligten arbeiten zu können. Ihre Aufgabe liegt insbesondere darin, auf die Einhaltung demokratischer Strukturen zu achten, einen Prozess im Fluss zu halten und strukturelle Unterstützung zu leisten. Methodische Vielfalt anbieten zu können ist eine Grundvoraussetzung, um je nach Erfahrungshintergrund der TeilnehmerInnen und der Zusammensetzung der Gruppe ein passendes Angebot leisten zu können. Dabei müssen die Modelle alters- und entwicklungsangemessen sein.
- Partizipationsmodelle sollen integrativen Charakter haben. Sie müssen dafür so gestaltet sein, dass bildungs-, schicht-, ethnien- und geschlechtsbezogene Selektionsprozesse vermieden werden.
- Klarheit muss auch darüber herrschen, dass ernst gemeinte Beteiligung immer Aushandlung bedeutet und das deshalb auch Konfliktbereitschaft insbesondere der Entscheidungsträger vorhanden sein muss.

Die Auswertung der Workshops, die ausschließlich mit Jugendlichen durchgeführt wurden, zeigten Ergebnisse, die an vielen Stellen mit den Ergebnissen der Untersuchung von Backhaus-Maul und Olk (hier wurden in den meisten Fällen Interviews mit Erwachsenen geführt) zu vergleichen sind. Aus unserer Sicht sind die Befunde dieser beiden Untersuchungen und die der veröffentlichten Fachliteratur ähnlich gelagert.

Die Jugendlichen in den Workshops berichten über keine oder nur sehr wenige Erfahrungen mit Partizipationsformen und demokratischen Strukturen. Dieser fehlende Erfahrungshintergrund macht es den Jugendlichen schwer, neue Partizipationsformen zu entwickeln, sondern zunächst werden die bestehenden Formen kritisch betrachtet. Die Besonderheit der Ergebnisse aus diesen Workshops liegt darin, dass die jungen Menschen sehr genau benennen, welche Bedingungen für sie notwendig sind, damit Partizipation überhaupt gelingen kann.

In der theoretischen Auseinandersetzung mit dem Thema Partizipation scheinen viele der Probleme und Chancen von Partizipation und die Grundlagen, die eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ermöglichen, ermittelt worden zu sein.

Diese Erkenntnisse, Erfahrungen und rechtlichen Vorgaben sind aus unserer Sicht nicht in eine konkrete und kontinuierlich weiterzuentwickelnde Partizipationspraxis umgesetzt. Es gibt bei den Verantwortlichen in den unterschiedlichen Lebensbereichen der Jugendlichen noch kein Bewusstsein für die Erfordernisse von Partizipation. Noch immer scheint es so, als wenn sich die Erwachsenen doch als die Experten für die Lebensgestaltung von Jugendlichen verstehen.

Aus diesen o.g. Gründen müssen Politikerinnen, EntscheidungsträgerInnen und PädagogInnen mit der Notwendigkeit von Partizipation vertraut gemacht werden. Dabei müssen insbesondere die schon vorhandenen rechtlichen Vorgaben, die Chancen und die positiven Ergebnisse von bereits existierenden Partizipationsformen in eine Kampagne "Entwicklung einer Partizipationskultur" einfließen.

Noch so gut gemeinte politische Programme oder Anstrengungen einzelner Projekte können nur erfolgreich sein, wenn Partizipation politisch gewollt ist, gefördert wird und nachhaltig strukturell angelegt ist.

Unseres Erachtens ist das Handlungsfeld zum Thema Partizipation vorerst ausreichend untersucht und es gilt nun, Mittel bereit zu stellen, damit eine Umsetzung der Ergebnisse ermöglicht wird. Junge Menschen benötigen dringend positive Partizipationserfahrungen in ihrem Alltag, damit die Bereitschaft sich zu engagieren und an Entscheidungsprozessen zu beteiligen wachsen kann.

Aus diesem Grund schlagen wir ganz konkrete Maßnahmen vor, um die Entwicklung einer "Partizipationskultur" zu initiieren und nachhaltig in allen Sozialisationsinstanzen, in denen Kinder und Jugendliche sich aufhalten, zu verankern.

1. Partizipation muss zu einem Themenkomplex im Rahmen der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften werden. ErzieherInnen, SozialpädagogInnen, LehrerInnen usw. müssen über den Stand der Forschung und die Erfahrungen in der Praxis informiert werden. Mit StudentInnen sind besonders in den später

zum Berufsalltag gehörenden Praxisfeldern Projekte zu entwickeln und durchzuführen, um praktische Erfahrungen zu sammeln und durch die Reflektion Handlungssicherheit für die eigene Umsetzung zu erlangen.

Partizipation muss in den Ausbildungsplan einer pädagogischen Ausbildung integriert und zu einem Bestandteil des pädagogischen Alltags werden, um sich als "Beteiligungskultur" zu etablieren.

2. Mit unterschiedlichen Medien ist zunächst eine möglichst öffentlichkeitswirksame Information über das Thema Partizipation in Gang zu setzen (z.B. aktuelle und geplante Teilnehmungsmaßnahmen vorstellen, über schon vorhandene rechtliche Vorgaben informieren und über besonders gelungene Partizipationsprojekte berichten). Diese Informationen können über Zeitung, Fernsehen, Radio, Internet, Plakate, Veranstaltungen usw. vermittelt und in der inhaltlichen Gestaltung auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Altersstufen abgestimmt werden. Eine solche kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit soll in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zu einer Diskussion über das Thema Partizipation anregen und zur Beteiligung auffordern.
3. Insgesamt sind in den von den Jugendlichen benannten Bereichen (Schule, Freizeit, Politik und Familie) Workshops, Zukunftswerkstätten und andere ähnliche Methoden zum Thema Partizipation durchzuführen. Diese Methoden bieten in einem breit angelegten Rahmen die Möglichkeit, mit den unterschiedlichen betroffenen Personen und Gruppierungen

gen ins Gespräch zu kommen. Im Vorgehen der o.g. Methoden bleiben die TeilnehmerInnen nicht im kritisieren oder analysieren stecken, sondern suchen gemeinsam nach neuen Lösungswegen und planen ganz konkret weitere Aktionen und Projekte zum Thema Beteiligung im jeweiligen Bezugsfeld.

4. Dringend erforderlich sind Partizipations-MultiplikatorInnen in allen pädagogischen Arbeitsfeldern, die in der Lage sind, KollegInnen und MitarbeiterInnen zum Thema Beteiligung zu beraten, anzuleiten und zu begleiten.

Die MultiplikatorInnen müssen in einer langfristig angelegten Fortbildung (ca. ein Jahr) auf ihre Aufgaben vorbereitet werden. Themen einer solchen Schulungsreihe könnten sein:

- Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle in Beteiligungsprozessen, eigene Erfahrungen mit Partizipation.
- Theorie, wissenschaftliche Erkenntnisse und Ergebnisse neuerer Untersuchungen zum Thema Partizipation
- Direkte und indirekte Beteiligungsformen und -projekte kennen lernen und auf ihre Umsetzungsmöglichkeiten im eigenen Arbeitsfeld überprüfen.
- Methodenschulung: z.B. Moderationsmethoden, Ideenworkshops, Zukunftswerkstätten erlernen und praktisch ausprobieren.
- Anleitung und Begleitung von KollegInnen und pädagogischen Fachkräften in Partizipationsprozessen

5. Der Schule kommt bei der Entwicklung einer Partizipationskultur eine besondere Bedeutung zu, weil hier alle jungen Menschen über einen längeren Zeitraum kontinuierlich erreicht werden und die Schulen durch den Bildungs- und Erziehungsauftrag geradezu verpflichtet sind, Beteiligung und Demokratie zu fördern.

Die SchülerInnen sind mit geeigneten Maßnahmen über die bestehenden Rechte und Möglichkeiten von Beteiligung im Schulalltag zu informieren (Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt). Diese Informationen müssen kontinuierlich und immer wieder neu, in einer für alle SchülerInnen verständlichen und interessanten Weise, vermittelt werden.

Darüber hinaus sind je nach Situation der Schulen und der beteiligten Personen (SchülerInnen, Eltern, LehrerInnen, Schulleitung, ...), wie schon in Punkt drei genannt, Veranstaltungen durchzuführen, die eine gemeinsame Auseinandersetzung mit dem Thema Partizipation ermöglichen. Dabei müssen zunächst ein Ist-Stand ermittelt und unterschiedliche Sichtweisen und Meinungen zu den bisherigen Beteiligungsmöglichkeiten aufgenommen werden. Ausgehend von einer solchen Analyse ist mit allen Beteiligten für die jeweilige spezifische Schulsituation ein konkretes Vorgehen zur Entwicklung einer Partizipationskultur zu verabreden.

Insgesamt müssen demokratische Strukturen und Arbeitsmethoden als Bestandteil des Schulalltags angesehen und in einem ständigen Aushandlungsprozess weiterentwickelt werden.

An jeder Schule sind LehrerInnen zu qualifizieren, die die Jugendlichen in ihren Partizipationsbemühungen und ihren Partizipationsrechten unterstützen und begleiten.

Ferner sind die Schulen zu verpflichten, einen jährlichen Nachweis über konkrete Maßnahmen zur Entwicklung einer Partizipationskultur, die an der jeweiligen Schule durchgeführt wurden, zu erbringen.

6. Im politischen Rahmen sind Kinder und Jugendliche unbedingt, wie gesetzlich verankert, an der Jugendhilfeplanung zu beteiligen. Dies ist ein geeignetes und sehr konkretes Feld, da es hier um die Belange der jungen Menschen geht und sie im Umgang mit "ihren Themen" positive Beteiligungserfahrungen sammeln können. Bei der Jugendhilfeplanung sind mehrere Aspekte, die schon oben genannt wurden, zu berücksichtigen:

- Beteiligung muss politisch gewollt und ergebnisoffen sein.
- Die Jugendlichen müssen ihre Themen einbringen und bearbeiten können.
- Die Meinung der Jugendlichen muss ernst genommen werden und das Interesse der Politik und Verwaltung an den Wünschen und Bedürfnissen der jungen Menschen deutlich erkennbar sein (Politikerinnen und MitarbeiterInnen der Verwaltung kommen regelmäßig zusammen und begleiten den Beteiligungsprozess ziel-, ergebnis- und umsetzungsorientiert).

- Es muss offengelegt werden, welche Art der Partizipation für den Sachverhalt und die Beteiligten möglich und notwendig ist (mitreden, mitgestalten, mitentscheiden).
 - Möglichst zeitnahe Umsetzung von Vorschlägen, Ideen und Entscheidungen.
- 7.** Langfristig angelegte Partizipationsprozesse benötigen, besonders in den Anfangssituationen, eine Begleitung, Unterstützung und Moderation durch Personen, die nicht in die vorhandenen Strukturen (Schule, Kommune, usw.) eingebunden sind. Eine "unabhängige" Unterstützung fördert alle beteiligten Personen und Gruppen mit ihren Meinungen, Wünschen und Ideen und sorgt dafür, dass diese in einem gemeinsamen Entwicklungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozess berücksichtigt werden.
- 8.** Fördermittel, die an Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und Vereine vergeben werden, sind besonders davon abhängig zu machen, wie und in welchem Umfang Partizipationsprozesse initiiert und Kinder und Jugendliche an Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Partizipationsformen und -bedingungen sind mit den beteiligten Personen vor Ort zu entwickeln und konzeptionell zu verankern. Deren Umsetzung muss durch geeignete Maßnahmen überprüft und belegt werden (Controlling durch Ergebnisberichte, Befragungen von Kindern und Jugendlichen, Öffentlichkeitsarbeit, usw.).
- 9.** Wir empfehlen an geeigneten Standorten eine Partizipationsagentur zu eröffnen, die besonders die Öffentlichkeitsarbeit plant, organisiert und durchführt. Darüber hinaus soll diese Agentur folgende Aufgaben übernehmen:
- Unterstützung einer kontinuierlichen Kommunikation und Information über das Thema in Politik, Verwaltung und bei Trägern.
 - Begleitung und Beratung von Kommunen, freien Trägern, Schulen usw. bei der Planung von eigenen Partizipationsvorhaben (Planung, Durchführung, Reflexion/Evaluation).
 - Weiterbildung von MultiplikatorInnen.
 - Bildung und Organisation eines Expertenpools.
 - Begleitung eines Arbeitskreises "Netzwerk Partizipation".
 - Konstante Veröffentlichung von Erfahrungen, Anregungen und konkreten Projekten zum Thema Partizipation.
 - Konstante Veröffentlichung von Erfahrungen, Anregungen und konkreten Projekten zum Thema Partizipation.

Backhaus-Maul, H. / Oik, T.: Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt, Halle 2000.

Burdewick, I.: Politische Partizipation von Mädchen und Jungen. In: Neue Praxis, Heft 3, 2000.

Bundeskuratorium, 10.-BJK-Sitzung: Direkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Stellungnahme des Bundeskuratoriums (unveröffentlichtes Manuskript), 2001.

Deutsches Jugendinstitut (DJI) e.V.: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer Bundesweiten Erhebung. München 1999.

Deutsches Jugendinstitut (DJI) e.V.: Projekt - Modelle gesellschaftlicher Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. München 2000.

Deutsches Jugendinstitut (DJI) e.V.: Rechtliche Regelungen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Raum. Arbeitspapier Nr. 6-151, 2000.

Deutsches Jugendinstitut (DJI) e.V., : Partizipation von klein auf fördern. DJI Bulletin Nr. 55, 2001.

Hurrelmann, K.: Jugendliche sind nicht unpolitisch. Gewandeltes Politikverständnis fordert Politik und Politikunterricht. In: Dialog 6/1996.

Roth, R.: Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung. In: Klein, Ansgar / Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 1997.

Shell-Studie: Jugendwerk der Deutschen Shell, 1997.

Shell-Studie: Jugendwerk der Deutschen Shell, 2000.

Start: Dokumentation: Methoden in der Jugendhilfeplanung. Aufbau einer lebensweltorientierten Jugendhilfeplanung am Beispiel eines Modellprojektes im Landkreis Müritz, 1999.

Start: Untersuchung zur Qualität der offenen Jugendarbeit in Jugendclubs und Jugendzentren. (Veröffentlichung erfolgt im März 2002).

Trede, W., : Kindern und Jugendlichen eine Stimme geben! Partizipation - ein vernachlässigtes Steuerungsinstrument in der Erziehungshilfe. In Jugendhilfe, 36. Jg., Heft 6, 1998.

Vilmar, F.: Strategien der Demokratisierung, Bd. I und II Darmstadt/Neuwied. 1973.

Vilmar, F.: Partizipation. In : Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft. Bonn 1986.

Weitere zu empfehlende Literatur:

Brumlik, M.: „Politische Kultur des Streitens“ im Licht sozialisationstheoretischer Überlegungen. In: Heitmeyer, W./ Jakobi, J (Hg.): Politische Sozialisation und Individualisierung, Weinheim und München 1991.

Bruner, C./Winkelhofer, U./Zinser, C.: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Hg. von: Deutsches Jugendinstitut e. V. in Zusammenarbeit mit dem BMFS-FJ 1999.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter: Positionspapier „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“. (beschlossen auf der 84. Arbeitstag Greese, D., 1998.

Die Entdeckung des Kindes als Politikwesen. In: Mündler, J./Jordan, E. (Hg.): Mut zur Veränderung. Festschrift zum 60. Geburtstag von Dieter Kreft. Münster 1996.

Greese, D.: Kommunale Kinder- und Jugendpolitik. In: Wollmann, H./Roth, R. (Hg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Opladen 1998.

Guski, E.: Begründung und Evaluation eines präventiv orientierten Handlungskonzeptes im Bereich sozialer Praxis. Berlin 1986.

Jordan, E./Hofman/Wirbals: Betroffenen-/Bürgerbeteiligung. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.): Handbuch der örtlichen Sozialplanung. Frankfurt a.M. 1986.

Pfaffenberger, H.: Partizipation. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.): Fachlexikon der sozialen Arbeit. Frankfurt a.M. 1997.

Sachs-Pfeiffer, T.: Partizipation: Teilnahme statt Teilhabe. In: Stark, W. (Hg.): Lebensweltbezogene Prävention und Gesundheits-

förderung - Konzepte und Strategien für die psychosoziale Praxis. Freiburg i. Bg. 1989.

Saretzki, Th.: Demokratisierung von Expertise? Zur politischen Dynamik der Wissensgesellschaft. In: Klein, A./Schmalz-Bruns, R. (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen. Baden Baden 1997.

Schmidt, M. G.: Demokratietheorien. Eine Einführung. Opladen 1995.

Schröder, R.: Was ist Partizipation? In: LBS-Initiative Junge Familie. Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und -gestaltung. Weinheim/Basel 1995.

Stadt Osnabrück - Fachbereich für Kinder, Jugendliche und Familien: Verbesserte Kinderinteressenvertretung in der Stadt Osnabrück

Stange, W./Tiemann, D.: Alltagsdemokratie und Partizipation: Kinder vertreten ihre Interessen in Kindertagesstätten, Schule, Jugendarbeit und Kommune. In: Glinka, H.-J./ Neuberger, C./Schorn, B./Stange, W./Tiemann, D. u. a. (Hg.): Kulturelle und politische Partizipation von Kindern. Interessenvertretung und Kulturarbeit für und durch Kinder. Band 3 Materialien zum 10. Kinder- und Jugendbericht. Opladen 1999.

Wollmann, H.: Kommunalpolitik - zu neuen (direkt-)demokratischen Ufern? In: Wollmann, H./Roth, R. (Hg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Opladen 1999.

Zimpel, G.: Der beschäftigte Mensch. Beiträge zur sozialen und politischen Partizipation. München 1970.